

74

Nov./Dez. '98

13. Jahrgang

DM 3,00

ISSN: 1436-7823

Antifaschistisches Pressearchiv und  
Bildungszentrum Berlin e.V.  
Falkensteinsstraße 46, 10997 Berlin  
Tel./Fax: 030 611 62 49  
Blz.: 100 500 00 / Kto.-Nr.: 0670017787

# antifaz

Zeitung gegen Rassismus,  
Faschismus und Imperialismus

## ANTIFASCHISTISCHE WOCHE IN RECKLINHAUSEN

### Weitere Themen:

- Terre des Femmes  
zu Prostitution und  
Frauenhandel
- Interview mit  
Familie Sempinar
- Internationales  
Jugendcamp in  
Bergama
- Verwicklungen  
um Öcalan
- Judenverfolgung  
in Herten





Inhaltsverzeichnis	2	Solidaritätserklärung	15
Editorial	3	Zu den politischen Verwicklungen von Abdullah Öcalan	17
Antifaschistische Woche in Recklinghausen	4	Demonstration für Flüchtlingsrechte in Recklinghausen	19
Antifaschismus und Sozialpolitik „Schily - Du Nationalist“	10	Ein Beispiel unter vielen: Interview mit der Familie Senpinar	22
Mumia Abu Jamal in Lebensgefahr	10/16	Redaktionserklärung	27
Die Frauenverachtungsgesellschaft	11	Jugendcamp in Bergama	28
TERRE DES FEMMES-Kampagne	12/13	News aus dem Revier	33
Zu Besuch in einer „National befreiten Zone“	14	Judenverfolgung in Hertzen (Teil1)	A-H

### Eigentumsvorbehalt

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur diese, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

**Abonnementsbedingungen:**  
**Einzel-Abonnement/Jahr: 27 DM**  
**Förder-Abonnement/Jahr 30 DM**  
**Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2**

Breite	Höhe	DM
5,5cm	<6cm	<60,-
5,5cm	8-10cm	60,-
10,5cm	6-8cm	75,-
5,5cm	24cm	120,-
7,7cm	24cm	150,-
16cm	12cm	150,-

Die AntifaZ ist die Zeitschrift des AFB Ruhrgebiet. Sie erscheint alle zwei Monate. Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden von dem/der jeweiligen AutorIn verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

V.i.S.d.P.:

W. Englisch  
 Oerweg 28  
 45657 Recklinghausen  
 Tel.: 02361/26345

ISSN: 1436-7823  
 Redaktionsanschrift:  
 Bert Brecht-Zentrum  
 Hernerstr. 43  
 45657 Recklinghausen  
 Tel./Fax.: 02361/21686

Redaktionssitzung:  
 Montags, ab 20 Uhr  
 Abonnenten- und Anzeigenkonto:  
 BLZ: 430 500 01  
 Kto.-Nr.: 334 01 027  
 Stichwort: AntifaZ  
 Sparkasse Bochum

Auflage: 1000  
 Druck: Emek Essen

**Redaktionsschluß für Nr.75: 26.12**



---

---

## EDITORIAL

---

---

Die vorliegende Ausgabe erscheint mit einigen Wochen Verspätung. Grund hierfür ist die Überlastung der Redaktionsmitglieder durch praktische Aufgaben „vor Ort“ - gemeint sind hiermit die Renovierungsarbeiten am BERT-BRECHT-ZENTRUM, das in Recklinghausen am 8.11. feierlich eingeweiht worden ist.

Grund ist auch unsere Mitarbeit in der „Woche gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und rechte Gewalt“ in Recklinghausen, die in diesem Jahr mit einer Gedenkfeier zum 60. Jahrestag der „Reichspogromnacht“ eröffnet wurde.

Erschwerend kam hinzu, dass einer unserer PCs durch eine „Vire“ zum Totalausfall gebracht wurde, wodurch ein Teil der schon fertiggestellten Ausgabe „verschluckt“ wurde.

Auch unser Telefon/Fax-Anschluss wurde während der Renovierungsarbeiten „plattgemacht“ - all dies sind Faktoren, die Zeit, Nerven und Geld kosten.

Geplanter Schwerpunkt in dieser Ausgabe war eigentlich das Thema „Antifaschismus und Frauen“ - das haben wir nur zum Teil geschafft. Wir veröffentlichen hierzu den Beitrag von Saskia Morell von TERRE DES FEMMES mit dem Titel „Die Frauenverachtungsgesellschaft“. Die Frauenmenschenrechtsorganisation leitet damit eine Kampagne ein, die sich schwerpunktmäßig an Männer als Käufer von Frauen richtet, die in unterschiedlicher Form als 'Handelsware' nach Deutschland kommen.

Wir meinen, dass das Diskussionsangebot von TERRE DES FEMMES von antifaschistischen Strukturen aufgegriffen werden sollte.

Geplante Beiträge über das Frauen-KZ Ravensbrück und bewaffneten Widerstand von jüdischen Frauen gegen den Faschismus mussten auf kommende Ausgaben verschoben werden.

Breiten Raum nimmt in dieser Ausgabe die Berichterstattung über den Kampf von Recklinghäuser AsylbewerberInnen gegen ihre drohende Abschiebung ein, in diesem Zusammenhang führten wir mit einer der betroffenen Familien, den Senpinars, ein Interview.

Das von der Marburger Politologin Eva Gottschaldt auf der Recklinghäuser Podiumsdiskussion mit Gewerkschaftern gehaltene Referat fanden wir so wichtig, dass wir es in der Reihe „Antifaschismus und soziale Frage“ abdrucken.

Ein Wort zur Auswahl der Themen in dieser Ausgabe: Seitdem die AntifaZ als Zeitschrift des Antifaschistischen Bundes (AFB) erscheint, werden in Zukunft wichtige Aktionen des AFB ausführlich geschildert. Das bedeutet aber nicht, dass wir unsere Berichterstattung über antifaschistische Aktionen in ganz Deutschland einstellen werden. Sie ist allerdings in der vorliegenden Ausgabe deutlich geringer ausgefallen.

Je mehr es uns gelingt, feste Kontakte in anderen Städten aufzubauen, wie sie in einigen Fällen in Berlin und Brandenburg zu entstehen beginnen, desto konkreter können wir über dortige Ereignisse und Entwicklungen berichten.

Daher bitten wir vor allem unsere AbonentInnen, uns in Zukunft mehr über antifaschistische Aktionen in ihren Städten zu berichten.

Da der AFB nach wie vor nur Mitglieder im Ruhrgebiet hat, sollten sich LeserInnen der AntifaZ in anderen Regionen überlegen, ob sie nicht Mitglieder im AFB werden wollen. Über die Möglichkeiten praktischer Arbeit werden wir mit Euch beraten.

Wir freuen uns, dass Thea A. Struchtemeier in Zukunft unter der Rubrik „Kurznachrichten aus dem Revier“ Informationen aus dem Ruhrgebiet für die AntifaZ zusammenstellen wird.

Über das für das kommende Frühjahr vom AFB geplante 2. „Antifa-Festival Ruhrgebiet“ berichten wir in der kommenden Ausgabe, ebenso über ein vom AFB in Herne geplantes Soli-Konzert.

Allen LeserInnen wünschen wir ein paar ruhige Tage während der christlichen Weihnachtszeit.

Für die Redaktion

WT



## WOCHE GEGEN RASSISMUS, FREMDENFEINDLICHKEIT UND RECHTE GEWALT IN RECKLINGHAUSEN

Wie im Vorjahr fand auch in diesem Jahr vom 8.-13. November in Recklinghausen eine antifaschistische Aktionswoche statt, die dieses Jahr besonders im Zeichen des 60. Jahrestags der „Reichspogromnacht“ stand. Veranstalter war erneut die Antifa-Koordination im Kreis Recklinghausen.

Die Ergebnisse werden von den beteiligten Organisationen unterschiedlich bewertet, unsere Organisation, der AFB, ist der Meinung, dass die Woche in diesem Jahr eher eine Niederlage darstellt.

Zumindest zu den Veranstaltungen in Recklinghausen ist es nicht gelungen, Menschen außerhalb unserer Organisationszusammenhänge zu mobilisieren.

Eröffnet wurde die Woche am 8. November mit der Einweihungsfeier des BERT-BRECHT-ZENTRUM.

Als Gäste waren der bekannte Autor von „Ruhrgebietskrimis“ wie „Das Ekel von Datteln“ oder „der Wtwenschüttler“, Reinhard Junge aus Bochum, angereist, nachmittags waren die Autoren Ömer Polat aus Gelsenkirchen und Molla Demirel aus Münster unsere Gäste.

War die Lesung mit Reinhard Junge mit etwa 30 Gästen noch einigermaßen gut besucht, auch wenn sich selbst hier das Interesse der Anwesenden an der Lesung und dem anschließenden Gespräch mit

dem Autor in Grenzen hielt, wurde die für den Nachmittag geplante Lesung ein Opfer des mangelnden Interesses: Gerade noch 6-8 Leute waren da, die dann statt Lesung ein Gespräch mit den beiden sehr interessanten Autoren führten, das ein breiteres Publikum verdient gehabt hätte.

Molla Demirel stellte sich als „Menschen“ vor, dem es egal sei, wieviel Anteile türkisches, kurdisches oder sonstiges „Blut“ er in seinen Adern trage.

Er trat entschieden dafür ein, dass weltweit sich in erster Linie die Arbeiterbewegungen der verschiedenen Völker zusammenschlossen und lehnte Nationalismus, in welcher Form auch immer, deutlich ab.

Für die politische Orientierung von Menschen nichtdeutscher Herkunft trat er deutlich dafür ein, dass sie für gleiche demokratische und soziale Rechte kämpften und dazu mehr die bestehenden Möglichkeiten nutzten. Als Beispiel nannte er seine eigenen redaktionelle Tätigkeit

in verschiedenen Lokalrundfunkprogrammen, wie etwa das Projekt „Kaktus“, das im Münsteraner Lokalfunk „Antenne Münster“ arbeitet. Ein ähnliches Projekt existiert auch in Recklinghausen, hier heißt es „Radio Merhaba“ und sendet im Netz des Lokal senders „Radio FiV“.

Ömer Polat stellte dagegen die Forderungen der kurdischen Minderheit in den Vordergrund und machte deutlich, dass beispielsweise die Lobby des türkischen Staates für die Türken in Deutschland weitge-





hende Rechte erreicht hätte, die aber überwiegend von den Faschisten und Fundamentalisten besetzt seien. Es sei ein Skandal, dass kürzlich den islamischen Fundamentalisten das Recht, an öffentlichen Schulen muttersprachlichen Unterricht durchzuführen, eingeräumt worden sei.

Die Kurden in Deutschland hätten keine derartige Lobby, nicht einmal die Möglichkeit, ein Institut zur Lehrerausbildung in kurdischer Sprache einzurichten. Dementsprechend gebe es auch an deutschen Schulen keine muttersprachlichen Unterricht in kurdischer Sprache.

Trotz des mangelnden Interesses bekundeten beide Autoren, zu einem späteren Zeitpunkt im BBZ erneut eine Lesung anzubieten.

Auch die kulturellen Beiträge - mittags sang Hüseyin Senpınar kurdische Lieder und begleitete sich selbst auf der Saz, abends trat „Grup Simko“ mit einem eigens für diesen Abend zusammengestellten Programm von Brecht-Liedern auf - fand leider nur geringe Resonanz.

Immerhin gab es keine Kritik daran, dass Sekt und Getränke sowie verschiedene kurdische und deutsche Essen, die in aufwendiger Arbeit von den Mitgliedern des IFV vorbereitet worden waren, kostenlos ausgegeben wurden - am Abend war alles verzehrt.

Erfreulich war dann, dass - wenn auch durch den Zufall der Zeitgleichheit bedingt - am 9. November etwa 60 Menschen der

### Gedenkfeier zum 60. Jahrestag der „Pogromnacht“

beiwohnten. Für 17.00 hatten, unabhängig voneinander, sowohl die Antifa-Koordination als auch die „Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit“ und die „Jüdische Kultusgemeinde“ eine Gedenkfeier am Mahnmal für die in die Konzentrationslager verschleppten Recklinghäuser JüdInnen organisiert.

Der Teil des Gedenkens, der



durch die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit und die Jüdische Kultusgemeinde vorbereitet war, geriet deutlich eindrucksvoller als die vom Vertreter des Koordination vorgetragene Rede.

So hatten die beiden genannten Gruppen vor der Gedenkfeier einen außergewöhnlichen Rundgang durch die Recklinghäuser Innenstadt durchgeführt, bei dem viele in Vergessenheit geratene Einzelheiten aus der Pogromnacht in Erinnerung gebracht wurden.

Auch das konkrete Erinnern während der Feier - jede verschleppte Recklinghäuser Familie wurde namentlich genannt und für sie eine weiße Nelke in eine große Vase gestellt - zeugte von dem Wunsch der OrganisatorInnen, Vergangenheit aus dem abstrakt moralischen Erinnern herauszuholen und konkret und anschaulich zu machen.

Demgegenüber geriet der Vortrag des Vertreters der Koordination fast zur Peinlichkeit, als er zu Beginn seiner Rede feststellte, dass die Liste der genannten Namen nicht vollständig sei, sondern durch die aus Herten verschleppten JüdInnen ergänzt werden müsse.

Zwar ist es verdienstvoll, dass der Redner Hans-Heinrich Holland im Rahmen des Hertener Aktionsbündnisses gegen Neofaschismus eine gründliche Arbeit über die aus

Herten in die KZs verschleppten JüdInnen vorgelegt hat, als Redner der Koordination im Kreis Recklinghausen hätte diese Tatsache allerdings an den Rand und nicht in den Mittelpunkt seines Beitrages gehört. Der vom politischen Verständnis der antifaschistischen Koordination ausgehende Versuch, eine Brücke zwischen der Vergangenheit und den aktuellen Auftritten neofaschistischer Kräfte, natürlich in einer dem Anlass angemessenen Form, zu versuchen, unterblieb.

Wohl zufällig vergaß Holland bei seiner Rede auch, sich als offizieller Vertreter der Koordination zu erkennen zu geben.

Zu „würdigen“ ist auch noch die Tatsache, dass auch die Stadt Recklinghausen ebenfalls einen Kranz niederlegen ließ, sie hatte je zwei Vertreter aus jeder Ratsfraktion entsandt. Dies allerdings erst auf Antrag der Grünen, die den Wunsch geäußert hatten, dass der gesamte Stadtrat seine zeitgleich stattfindende Sitzung unterbrechen und geschlossen an der Gedenkfeier teilnehmen sollte.

Dem wurde nicht entsprochen, stattdessen wurde in der Presse darauf verwiesen, dass man sich an der „offiziellen“ Gedenkfeier beteiligen werde - ein subtiler Hinweis darauf, dass die von der Koordination schon einige Zeit früher angekündigte Gedenkfeier in dem Köpfen der Herren und Damen Rats-





„Volkstrauertag in Recklinghausen“

vertreter als „inoffiziell“ und im Grunde unerwünscht angesehen wurde.

Umso erfreulicher, dass die Anwesenden JüdInnen und ChristInnen sich nicht nach der „offiziellen“ Gedenkfeier entfernten, sondern auch an der Kranzniederlegung und Rede der Koordination teilnahmen. Dem von einem Vertreter des AFB vorgebrachten Vorschlag, die Feier im nächsten Jahr gemeinsam vorzubereiten, stand man wohlwollend gegenüber.

Der Sprecher der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, Pfarrer Schwarz, machte in seiner Rede deutlich, dass man ohne „Berührungängste“ zu den anwesenden AntifaschistInnen gedenken wolle.

Augefallen ist auch die Vorführung des Filmes „Nackt unter Wölfen“, die am 10.11. stattfinden sollte. Diesmal nicht wegen technischer Probleme (wie im vergangenen Jahr), sondern wegen mangelnder Interessierter (vier).

Mit etwa 60 TeilnehmerInnen am besten besucht war die Veranstaltung des „Hertener Aktionsbündnisses gegen Neofaschismus“ im Hertener „Glashaus“ am 11.11., auf der das Mitglied der Jüdischen

Kultusgemeinde, Rolf Abrahamson, ausführlich aus seinen Erinnerungen an die Pogromnacht in Recklinghausen berichtete.

Diese Veranstaltung wurde vor allem von ChristInnen und JüdInnen aus Hertener besucht und von den TeilnehmerInnen als „sehr beeindruckend“ geschildert.

Hans-Heinrich Holland, Mitglied von B 90/Die Grünen und der VVN-BdA, stellte seine Untersuchung über die aus Hertener verschleppten Jüdinnen und Juden vor (siehe dazu auch die „gelben Seiten“ in dieser Ausgabe).

Auch die als Höhepunkt der Woche gedachte Podiumsdiskussion mit Gewerkschaftern aus dem Kreis Reckling-

hausen am 13.11. in der Volkshochschule war mit knapp 20 Interessenten denkbar schlecht besucht.

Politisch war dagegen die Diskussion mit der Referentin, Eva Gottschaldt aus Marburg, ein wichtiger Beitrag zu den aktuellen Fragen antifaschistischer Politik.

Gottschaldt trug in 7 Thesen (zu lesen in dieser Ausgabe als Diskussionsbeitrag in der Reihe „Antifaschismus und soziale Frage“) ihre Vorstellung, wie heute Antifaschismus auf den Versuch des Neofaschismus, die soziale Frage zu besetzen, reagieren sollte.

Übereinstimmend die Aussage der auf dem Podium diskutierenden 4 Gewerkschafter aus ÖTV, IG BCE, IG Bauen, Agrar und Umwelt und GdP, dass die Gewerkschaft als ganze sich zu sehr auf ökonomische Forderungen beschränke und ihre Aufgabe, ein antifaschistisches Profil zu entwickeln, bisher nicht wahrgenommen habe.

Am interessantesten waren dabei die Ausführungen des Kreissekretärs der IG Bau, Agrar und Umwelt, Holger Vermeer, der anschauliche Beispiele von Auseinandersetzungen mit den Arbeitgebern um einen gleichen Grundlohn für deutsche und ausländische Kollegen berichtete und wie getroffene Vereinbarungen von Arbeitgebern mit vielfältigen Mitteln unterlaufen würden.

Auch im Kreis RE sei es oft schwierig, den zahllosen Subunternehmern in Baugewerbe beizukommen.

Vermeer berichtete zudem von einem Versuch der NPD, während des Wahlkampfes auf der Großbaustelle des Recklinghäuser Ruhrfestspielhauses ihre ausländerfeindlichen Parolen auf Flugblättern an den Mann zu bringen. Das mißlang aber völlig, weil die überwiegend ausländischen Kollegen die Neonazis in kürzester Zeit von der Baustelle trieben.

Gottschaldt kritisierte insbesondere die von den Gewerkschaften vertretene Position, dass ausländi-





sche Arbeiter deshalb in Deutschland bleiben dürften, weil sie Lohnsteuern zahlten. Diese Position sei im Kern defensiv und leiste fremdenfeindlichen Positionen Vorschub. Weitergedacht beinhaltet diese Position, dass Ausländer abgeschoben werden müssten, wenn sie arbeitslos würden -

u  
1  
AsylbewerberInnen hätten auf dieser Grundlage sowie so nichts in Deutschland zu suchen, leisten sie doch erst recht keinen Beitrag zum Produktivvermögen.



### Fazit:

Unsere Organisation, der AFB, ist der Meinung, dass die „Antifa-Koordination im Kreis Recklinghausen“ in der jetzigen Form gescheitert ist. Weder von Koordination noch von politischer Zusammenarbeit kann zur Zeit die Rede sein. Der politische und finanzielle Aufwand für unsere Organisation steht in keinem zu rechtfertigenden Verhältnis zu den Ergebnissen.

Der AFB wird in Zukunft nicht mehr in der Koordination mitarbeiten.

Das bedeutet nicht, dass wir nicht weiterhin bestrebt sind, antifaschistische Bündnisse auf kommunaler und auf Kreisebene anzustreben. Wir werden in Zukunft jedoch im Einzelfall entscheiden, ob die Grundlagen für eine Aktionseinheit in konkreten Fragen gegeben sind oder nicht.

**Antifaschistischer Bund (AFB)**

## „Antifaschismus und Sozialpolitik“:

**Thesen der Referentin Eva Gottschaldt (Marburg) zur Podiumsdiskussion „Antifaschismus und soziale Frage“ am 13.11.98 in der VHS Recklinghausen**

### 1. These

Die „und“-Formulierung (im Thema „Antifaschismus und soziale Frage“) ist falsch. Antifaschismus kann nicht neben anderen Politikfeldern stehen. Antifaschismus ist nämlich kein eigenes Politikfeld, sondern eine Haltung, eine Grundausrichtung, die die verschiedenen - fast alle - Politikfelder bestimmt oder eben nicht bestimmt.

Lediglich Antifaschismus im ganz engen Sinne könnte als eigenes Politikfeld betrachtet werden, etwa eine Demo gegen den Nazi-aufmarsch oder der Kampf um eine Gedenktafel etc.

Ansonsten müssen die ver-

schiedenen Politikfelder und politischen Programme darauf hin abgeklopft werden, ob sie vom Antifaschismus bestimmt sind oder nicht.

### 2. These

Was heißt, ein Politikfeld sei vom Antifaschismus bestimmt? Selbst wenn man sich über eine Faschismusdefinition nicht einig ist - wobei mir die Definition des Herrschaftssystems Faschismus als brutalste Form der Durchsetzung von Kapitalinteressen immer noch am plausibelsten erscheint - selbst wenn man sich darüber nicht einig ist, kann man sich rasch darüber einigen, welche konkreten Folgen der Faschismus an der Macht für

die Menschen in einem Land hat. Leider gibt es genügend historisches Anschauungsmaterial. Man kann das faschistische Menschenbild studieren - und die innen- und außenpolitischen Ziele des Faschismus.

Eine Politik kann dann als vom Antifaschismus bestimmt gelten, wenn sie bewußt und konkret das Gegenteil der Ziele faschistischer Politik anstrebt. Das kann man durchdeklinieren für die verschiedenen Politikfelder, wobei man immer berücksichtigen muß, daß diese sich nur idealtypisch trennen lassen, in der Praxis aber ganz eng zusammengehören. So ist z.B. Schulpolitik immer auch Jugend- oder Sozialpolitik.

### 3. These

Das faschistische Menschen-



bild ist bestimmt von Biologismus und Rassismus, wobei dies insbesondere für den deutschen Faschismus gilt. Andere Beispiele faschistischer Diktaturen, wie z.B. Chile, kamen weitgehend ohne Rassismus aus und benutzten andere Ideologien zur Stabilisierung ihrer Anhängerschaft, z.B. Antikommunismus, Militarismus, fundamentalistischen Katholizismus.

Gemeint ist die Vorstellung, das menschliche Individuum sei bestimmt durch seine ethnische Abstammung und die verschiedenen Ethnien seien verschiedenwertig. Dazu gehört - wiederum insbesondere im deutschen, wahrscheinlich auch im japanischen Faschismus - ein Körperkult, eine menschenverachtende Ästhetik, die alles, was nicht der eigenen Vorstellung von „gesund“, „schön“, „kräftig“ und „stark“ entspricht, ausgrenzt oder gar ausmerzt. (Problem: Diese menschenverachtende Ästhetik wirkt sehr subtil. Vergleiche: Werbung heute, Argumente gegen Atomkraft und Behindertenbewegung).

Zum Menschenbild des Faschismus gehört ein ultratraditionelles Familienideal mit einer klaren Trennung der Frauen- von der Männerwelt.

Die innenpolitischen Ziele des Faschismus waren stets die Abschaffung von Demokratie und Mitbestimmung zum Zweck der ungehinderten Durchsetzung von Kapitalinteressen.

Nicht alle Faschismen waren aggressiv nach außen. Aber in allen Fällen bestimmte der Militarismus die Politik; militärische Lebensweise - Uniform, Gleichschritt, Befehl und Gehorsam - gilt als die schlechthin beste, die es auch auf andere gesellschaftliche Bereiche, wie Schule, Sport, ja Familienleben, auszudehnen gelte.

#### 4. These

Wir können nun darüber nachdenken, wie eine Sozialpolitik beschaffen sein muß, die dem faschi-

stischen Menschenbild und Staatsverständnis entgegensteht, also verhindert, daß die Entwicklung in diese Richtung geht. Und sofort zeigt sich, daß wir die Sozialpolitik nicht von anderen Politikfeldern trennen können. Es geht vielmehr um eine konzentrierte Aktion, z.B. mit der Bildungs- und Kulturpolitik, mit den Arbeitsfeldern der Gewerkschaften, ebenso wie mit denen der KommunalpolitikerInnen.

Beispielsweise muß eine Änderung des Staatsbürgerrechts einhergehen mit einer Sozialpolitik, die Ghettoisierung und Ausgrenzung verhindert, und einer Bildungspolitik, die Kindern ihre natürliche Befähigung, Unterschiede in Haut- und Haarfarbe gar nicht richtig wahrzunehmen, beläßt.

Im Mittelpunkt der Gesundheitspolitik muß die großzügige Unterstützung derer stehen, die nicht gesund, nicht fit, nicht jung usw. sind. Dasselbe gilt für eine Arbeitsmarktpolitik, die dafür zu sorgen hat, daß behinderte Menschen nicht am Rand des Erwerbslebens stehen. Und sofort sind wir bei einer Wohnungsbaupolitik, die für soziale Mischung in den Wohngebieten zu sorgen und jeglicher Ghettoisierung entgegenzuwirken hat.

Die Familienpolitik muß von einem grundsätzlich veränderten Familienbild ausgehen. „Familie“ darf nicht mehr nur auf die traditionelle Vater-Mutter-Kind-Kombination beschränkt werden. Als Familie - und damit Unterstützung durch die Gesellschaft beanspruchend - muß jede auf Dauer angelegte Wohngemeinschaft gelten, wo Menschen für andere Menschen Verantwortung übernehmen, weil diese klein, alt, behindert sind - völlig unabhängig von Geschlecht und Verwandtschaftsbeziehungen.

Unabdingbar ist die Verteidigung und der Ausbau gewerkschaftlicher Kompetenzen, mit dem Ziel dessen, was früher mal „qualifizierte Mitbestimmung“ genannt wurde. Angesichts der Drohung des

MAI (= Multinationales Abkommen über Investition) und der Globalisierung allgemein muß Gewerkschaftspolitik sofort internationalisiert werden. Dies in dem Sinne, daß es z.B. der Gewerkschaft HBV wichtig wird, unter welchen Bedingungen die KollegInnen in armen Ländern die T-Shirts herstellen, die bei Karstadt verkauft werden. Das Problem ist nicht, daß die Gewerkschaften das nicht wollten, sondern daß sie wenig rechtliche Möglichkeiten haben.

Die Bildungspolitik muß die Entwicklung von kleinen Menschen zu Erwachsenen fördern, denen es wichtig ist, selbst zu denken, Selbstverantwortung zu übernehmen, sich selbst vertrauen zu können. Solche Menschen mißtrauen dem Ansinnen, die Verantwortung für sich selbst einer militärischen Führung, dem Führer einer Bewegung, einer politischen oder religiösen Sekte zu übergeben. Und eine grundsätzlich andere Arbeitsmarktpolitik müßte verhindern, daß diese Fähigkeiten etwa durch Langzeitarbeitslosigkeit wieder kaputtgehen.

Eine grundsätzlich andere Außenpolitik müßte Abstand nehmen von jeglichen Bundeswehreinräumen, die nicht auf unmittelbare Selbstverteidigung dieses Landes in seinen Grenzen beschränkt sind.

Ausbau von Demokratie und Mitbestimmung auf allen Ebenen wäre Aufgabe einer anderen Innenpolitik. Usw. usw.

Ich hoffe, es ist deutlich geworden, daß m.E. nicht geredet werden kann über Antifaschismus und Sozialpolitik, sondern geredet werden muß über eine antifaschistische Grundorientierung für alle Politikfelder, darunter auch die Sozialpolitik.

#### 5. These

Wozu das alles? Zum einen natürlich, damit sich schlimme Zustände wie Langzeitarbeitslosigkeit, Verteilungsungerechtigkeit, Ghettoisierung ändern. Zum anderen aber, weil solche Veränderung



hin zu einer Gesellschaft der Gerechtigkeit und Solidarität eine Änderung der Kultur des Zusammenlebens bewirken würde. Wenn es zu den Grundwerten des Selbstverständnisses einer Gesellschaft gehört, daß niemand ausgegrenzt werden darf, daß alle Schwachen Anspruch auf Stütze haben, daß Bürgerschaft wichtiger ist als Volk, daß mensch sich in seine eigenen Angelegenheiten mischen darf und soll - dann verlieren faschistische Entwürfe an Attraktivität schon im Lauf dieser Veränderung.

Sympathie für faschistisches Denken, faschistische Unkultur und faschistische Praxis ist nämlich keine automatische Folge von sozialem Elend. Wo es, wie in den späten 20er und frühen 30er Jahren, eine starke Arbeiterbewegung gibt, kann Arbeitslosigkeit auch anders verarbeitet werden, weil sie dann nicht gleichbedeutend ist mit Vereinsamung und sozialer Perspektivlosigkeit, sondern die/der Einzelne nicht aus allen Bezügen herausfällt. Nicht auf positive Rückmeldung, Wertschätzung durch andere, Möglichkeiten, Können zu beweisen, sich selbst zu mögen, verzichten muß. Völlig veränderte Produktionsbedingungen sorgen dafür, daß eine Arbeiterbewegung im alten Sinne mit all ihrer Infrastruktur vom Jugendverband bis zum weltlichen Bestattungsverein so nie mehr entstehen wird. Wir müssen die Bezüge von Solidarität und Wertschätzung für alle auf andere Weise schaffen, aber wir müssen sie schaffen. So möchte ich Sozialpolitik verstehen und fordern.

**6. These**

Wenn ich glaube, daß auf diese Weise langfristig der Schoß, der noch fruchtbar ist (Brecht), ausgetrocknet werden kann, und eine solche Politik für eine entscheidende Form des Antifaschismus halte, so heißt das nicht, daß ich nicht ebenso sehr eine direkte Bekämpfung des Faschismus für erforderlich halte. Faschismus und Rassis-

mus sind an keiner Stelle akzeptabel und müssen überall bekämpft werden. Auch durch Verbote.

Und da sehe ich eine Menge Defizite.

So kann man vielleicht erklären, warum die Bürger von Gollwitz in ihrem Dorf keine russischen Juden haben wollten, aber man darf nicht darauf verzichten, diese Haltung klar und deutlich als Antisemitismus zu bezeichnen und klar zu machen, daß dieser in der Demokratie keinen Platz haben darf. Man darf nicht darüber spekulieren, ob die Linke ein nationales Denken braucht. Man darf nicht über eine Einwanderungsgesetzgebung nachdenken, solange man nicht durchgesetzt hat, daß die Bundesregierung sich aktiv an der Beseitigung von Flucht- und Migrationsgründen beteiligt, z.B. durch Schuldenerlaß für arme Länder, durch eine wirkliche Hilfe zum Aufbau von Infrastruktur entsprechend den von der UNO geforderten Standards. Man darf auch nicht selektiv argumentieren gegen den Rassismus, nach dem Motto: „Die Ausländer zahlen Steuern und Rentenversicherung.“ Brauchen diejenigen, die keine Steuern und Rentenversicherung zahlen und für Hungerlöhne schwarz arbeiten, weil sie als Flüchtlinge nicht arbeiten dürfen oder alt und krank sind, etwa keine anti-rassistische Solidarität?

Dies alles „to whom it may concern“, ich denke, Gewerkschaften, SPD, Grüne und PDS sind da an vielen Stellen „concerned“.

**7. (und letzte) These**

Der Wegfall des Systemgegensatzes bedeutet einerseits das nachhaltige Scheitern der in den Ländern des „real existierenden Sozialismus“ versuchten Alternative zum Kapitalismus und Imperialismus (den man neuerdings Globalisierung nennt, wobei ich glaube, daß die Globalisierung eher eine neue Qualität des alten Imperialismus ist). Andererseits eröff-

net dieser Wegfall neue Bündnismöglichkeiten. Zum einen, weil Menschen, die an den Zuständen viel auszusetzen haben, im Sozialismus aber keine Alternative sehen, jetzt nicht mehr so mißtrauisch sind gegenüber kommunisten und Sozialisten. Zum anderen, weil zunehmend auch Menschen, die bislang nichts mit Sozialisten und kommunisten zu tun haben wollten, sehen, daß der real existierende Kapitalismus seit dem Zusammenbruch des Sozialismus noch brutaler geworden ist. Ausdruck solcher Tendenzen sehe ich in sozialpolitischen Bündnissen, wie sie in vielen Städten entstanden sind. Dort arbeiten Gewerkschafter mit Kirchenleuten und PDS-Mitgliedern zusammen. Möglichkeiten für solche Bündnisse sind auch verbessert worden durch die Erfurter Erklärung und das Sozialwort der Kirchen. Die Positionen von Gewerkschaften, Kirchen und Organisationen wie Pro Asyl oder der VVN/Bund der Antifaschisten hinsichtlich der Bekämpfung von Faschismus und Rassismus liegen durchaus nahe beieinander. Ich sehe hier für alle, die es mit deren Bekämpfung ernst meinen, die Verantwortung, solche Bündnisse einzugehen, auszubauen und zu festigen.

Theater Kunst

**BALANCE**

Jonglieren Artstik

Fahrräder

Bochum 12051/52 Kortumstr. 5

Öffnungszeiten: 10<sup>00</sup>-18<sup>00</sup>  
Samstags 10<sup>00</sup>-14<sup>00</sup> & langer Samstag



**Achim Schürmanns unmaßgebliche Meinung**

Schily - du Nationalis

Kaum hat er sich als Minister das erstmal bemerkbar gemacht, hat er schon „versagt“. Ich höre die Sonntagsnachrichten und traue meinen Ohren kaum:

Es dürfe keine weitere Ausländerzuwanderung geben, denn Deutschland wäre über der Belastungsgrenze. Gäbe es ein Einwanderungsgesetz, dann müßte die Quote null sein. Die Statistik, daß dieses Jahr wieder weniger „Ausländer“ hier wohnen werden, die kennt er natürlich nicht.

Nein, der hat sich nicht bei Kather angesteckt. Ich erlebte ihn einmal persönlich im Düsseldorfer ZARK auf einer Podiumsdiskussion, noch als Grünen, vielleicht vor 8 Jahren: Schon damals widerte er mich mit seinem penetrant nationalistisch eingesetzten „Wir“ an - und so ging er auch die Probleme an. Ich warf es ihm damals vor - später kam er noch auf mich zu und guckte mich entgeistert, zumindest völlig verständnislos, an.

Wenigstens die Vollstrecker des (ge)rechten Nationalvolkes können sich jetzt freuen, haben doch wenigstens sie auch bei „Rosa-Grünlich“ einen Zeugen an oberster Stelle.

Herr Schily, Sie sind ein Problem für das friedliche Zusammenleben, für Verfolgte und Flüchtlinge im (Deutsch-)Land, und für einen Antifaschismus sowieso. Treten Sie ab! Sie erfüllen in einem „Minimalbereich“ noch nichtmals Minimal(an)forderungen!

# Mumia Abu Jamal ist in Lebensgefahr!

Mumia Abu Jamal ist ein schwarzer amerikanischer Journalist, der seit den frühen 80ern in der Todeszelle sitzt, weil er 1981 angeblich einen weißen Polizeibeamten erschossen haben soll. Die Umstände der Tat, des Urteils, der Inhaftierung und die Art des Umgangs mit Mumia Abu Jamals Kampf um einen zweiten Prozeß lassen stark vermuten, daß hier etwas nicht stimmt. (Wir schrieben über ihn und seine Sache bereits ausführlich in Nr. 54 der AntifaZ.)

Es ist z.B. nie geklärt worden, ob aus Jamals Waffe, die er in seinem Auto mit sich führte, als er von **Daniel Faulkner** angehalten wurde, überhaupt geschossen wurde. Mehrere Zeugen wollen gesehen haben, daß einer oder mehrere Täter vom Tatort weggerannt sind, nachdem sie auf Faulkner geschossen hatten. An das „Schuldeingeständnis“ Jamals, nach dem er zugegeben haben soll, den Polizisten erschossen zu haben, konnten sich die Ermittlungsbeamten erst zwei Monate (!) nach der angeblichen Aussage erinnern.

Mumia Abu Jamal schwebt nun unmittelbar in Gefahr, hingerichtet zu werden. Mumia Abu Jamal ist unschuldig. Er ist ein eloquenter und sprachgewaltiger Kämpfer gegen Rassismus und Ungerechtigkeit und wurde von der Polizei Philadelphias und dem FBI gejagt, seit er als Teenager **Sprecher der Black Panther Party** in den späten 60ern war. Jamal blieb im Fadenkreuz der Polizei, als er ein bekannter Journalist und **Unterstützer der MOVE-Bewegung** in den späten 70ern wurde. In Kontinuität mit dem jahrzehntelangen Rachefeldzug gegen Jamal hat am 30.10.98 der Oberste Gerichtshof in einer 71seitigen Begründung **Fortsetzung Seite 16**

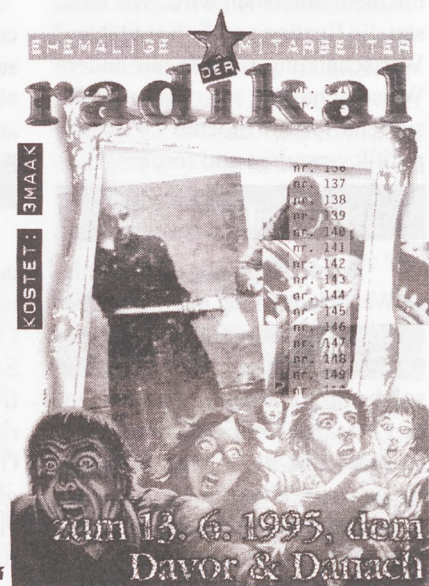
neu  
ehemalige Mitarbeiter der  
**radikal**  
zum **13.06.**  
dem **Davor & Danach**

Zu Bestellen über:

Informationsdienst  
Schleswig-Holstein  
KIELER STR. 93  
24534 NEUMÜNSTER

3 Seiten \* 3 maak + porto \* 52 seiten \* 3 maak + porto \* 52 seiten \* 3 maak

Seite 10





# DIE FRAUENVERACHTUNGS- GESELLSCHAFT

## Pornographie, Prostitution und Frauenhandel

Ein Blick in die Blätterwelt zeigt uns täglich, wie böse die Welt ist. Die Welt, in der „Frauenhandel zunimmt“, in der „Frauen zur Prostitution gezwungen“ werden, in der die „Dunkelziffer hoch“ ist. Die Täter sind „gewerbsmäßig organisierte Menschenhändlerringe“ oder „international operierende Schleuserbanden“, die die „zunehmend aus Osteuropa stammenden Opfer“ nach Deutschland locken.

Wenn man sich nicht nur über Einzelfälle erschüttert zeigt, muss man sich fragen: Wem nutzt die Demütigung, Verschleppung und Vergewaltigung der Opfer, dazu „gewerbsmäßig organisiert“? Die Antwort lautet: König Kunde ist zahlungskräftig und groß an der Zahl.

### Die Kunden

Mal ist es der gelangweilte Ehemann Mitte Vierzig, mal der spätpubertierende Junge mit der ersten Erektion, mitunter sind es Männer eines Sportvereins beim Ausflug in die Großstadt oder frustrierte Geschäftsreisende auf Provinztour.

Die Kundenprofile sind vielfältig, wie von Seiten der Hurenorganisationen bestätigt wird. Ebenso vielfältig sind die Motive für das Nutzen einer sexuellen Dienstleistung. Man trifft wohl einen Querschnitt durch die männliche Bevölkerung im Bordell, im Club oder in

den Appartements an. Bei weitem nicht jeder Mann trägt zu den Umsätzen im horizontalen Gewerbe bei, aber es sind Milliardenumsätze.

Die Frankfurter Sozialwissenschaftlerin Elvira Niesner wies 1993 bei einer Anhörung im Deutschen Bundestag auf eine besondere Bedürfnislage bei einigen Prostitutionskunden hin: Sie verlangen nach Sexobjekten, die auf unterschiedlichen Ebenen - wirtschaftlich oder kulturell - sehr abhängig sind. Dass diese Annahme nicht auf alle Kunden zutreffen kann, zeigt allein der wachsende Markt für Dominas, die den Spieß für die unterwürfigen Kunden - und ihre eigene Geldbörse - umdrehen. Eine klare Trennlinie zwischen Opfern von Frauenhandel und deutschen Prostituierten lässt sich aufgrund der Tätigkeit im Dunkelfeld schwerlich ziehen. Im folgenden geht es hauptsächlich um die Kunden ausländischer „illegaler“ Frauen, um in einer ersten Annäherung Zusammenhänge zwischen Zwangsprostitution, Pornographie und Frauenhandel darzustellen.

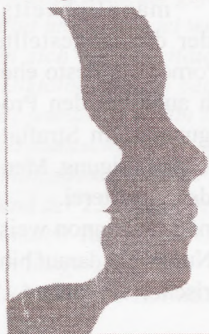
### Früh übt sich

Pornographie beeinflusst bei vielen Jungen und jungen Männern die Herausbildung des Sexualverhaltens. Bei Vater im Nachttisch, in den Auslagen der Zeitschriften-

händler, über das Internet und im Nachtprogramm privater Fernsehsender sind pornographische Bilder zu haben. Die einfache Verfügbarkeit und offensichtliche Akzeptanz dieser Bilder lassen „sexhungrige Frauen“ zur Normalität werden und prägen so die Erwartungshaltungen an die Realität. Herabwürdigend sind diese Bilder für das Gros der realen Frauen deshalb, weil sie suggerieren, dass Frauen selbstverständlich zur Erregung männlicher Lust verfügbar sind und dabei kaum eigene Ansprüche stellen. Zusätzlich propagieren die Darstellungen eine extreme Form des „echten Mannes“. Pornokonsumierende Jungen werden früh darauf dressiert, Männlichkeit und Männlichsein mit Omnipotenz-Gefühlen zu verbinden.

Zwei Grundbotschaften pornographischer Erzeugnisse lauten stets „nimm sie“ und „sie will es nicht anders“ und sind, wie auch die amerikanische Juristin Catherine MacKinnon in ihrem Buch *Nur Worte* (1) analysiert, „direkt an den Penis adressiert“. Einerseits suggerieren Pornos also dem männlichen Betrachter, dass alle Frauen immerzu von ihm penetriert werden wollen. Diese Suggestion untermauert auch die mehrfache Hintereinanderschaltung der Penetrations-Sequenzen jeweils bis zum echten männlichen Orgasmus, dem „Come shot“, innerhalb eines Pornos und die dazugehörige „Dirty-talk“-Rhetorik.

Andererseits wird Frauen ihre autonome Lust abgesprochen, indem der



### Menschenrechte für die Frau 2/98

Die Zeitschrift von TERRE DES FEMMES

- Frauenrechtsverletzungen in China
- Die Textilindustrie in Shenzen/China
- Verhandlungen mit dem Otto Versand

TERRE DES FEMMES, PF 2565, 72015 Tübingen  
Tel. 07071/7973-0, Fax 07071/7973-22.

Bitte 6,50 DM + 2 DM Versandkosten in Briefmarken beilegen.



weibliche Erregungsverlauf keine Widerspiegelung findet. Das weibliche Lustorgan, die Klitoris, wird selten focussiert. Den Orgasmus erhalten Frauen in den Pornodarstellungen meist durch vaginale Penetration. Andere Techniken, klitorale oder orale Befriedigung von Frauen, die eher der Realität entsprechen, spielen in Pornos nur eine Nebenrolle. Diese Art der „Story-Line“ verdeutlicht die Zielrichtung der heterosexuellen Mainstream-Pornographie: Die Bedürfnisse von Frauen spielen keine Rolle.

Das ist umso verheerender, als für Heranwachsende nur wenige attraktive Vorbilder existieren, die von den stereotypen Bildern abweichen und gleichzeitig von den Jugendlichen anerkannt werden.

### Zwangsprostitution und Frauenhandel

Im Unterschied zur Pornographie, die die Darstellung sexueller Handlungen bewußt zusammenschneidet, so dass der männliche Betrachter auf jeden Fall seinen sexuellen Höhepunkt erreicht, ist beim Besuch einer Prostituierten der Ablauf weniger voraussehbar, denn hier handelt es sich um tatsächliche menschliche Interaktion. Die Aspekte des Kaufens und der Sexualität verbinden beide Handlungen, doch kann grundsätzlich jede Prostituierte die Realität selbst bestimmen und anders handeln, als es sich der Kunde wünschen mag. Hier kann man annehmen, dass ausländische Prostituierte durch ihre wirtschaftliche und kulturelle (z.B. sprachliche) Abhängigkeit sich den Wünschen der Kunden (z.B. nach ungeschütztem Verkehr) weniger widersetzen können: Mit ihrem Widerstand riskieren sie Gewaltanwendung von Freiern, Bordellbesitzern und Zuhältern oder - in entschiedender Konsequenz - die Ausweisung aus der Bundesrepublik.

Deutsche Prostituierte, die aussteigen wollen, können zumindest hypothetisch einer anderen Tätigkeit nachgehen oder Sozialhil-

fe beantragen. Diese Option besteht für die illegal gehandelten Frauen nicht!

Als Hauptursache für Frauenhandel wird meist die wirtschaftliche Zwangslage in den Heimatländern der Frauen angeführt, doch selten wird der notwendige Nährboden für dieses Geschäft genannt: Frauenhandel bedient eine sexistische und rassistische Nachfrage! Während die Bereitschaft zur Migration also als direkte Auswirkung der ökonomischen Notlage der Frauen zu betrachten ist, kann davon ausgegangen werden, dass es nicht der langgehegte Wunschtraum einer Deutschlandreisenden ist, der Prostitution nachzugehen und deutsche Männer sexuell und emotional zu befriedigen. Frauen werden jedoch gezielt für die Ausbeutung ihrer Körper hierhergelockt, denn die GeschäftemacherInnen wollen ihr deutsches Klientel bedienen. Da die Kunden Abwechslung wünschen oder sich einfach den Herausforderungen einer emanzipierten Partnerin nicht zu stellen wagen, zählen MigrantInnen unterschiedlichster Herkunft zu den angeforderten Gespielinnen der deutschen Herrschaften, sei es beim Handel in die Prostitution oder in die Ehe. Mann wiegt sich in Sicherheit, dass die Ware keine eigenen Wünsche äußert. Bei „Fehlkauf“ folgt - im Fall des Heiratshandels - der Umtausch binnen weniger Monate. Nicht zuletzt vermitteln Heiratshändler und Medien dem Konsumenten den trügerischen Eindruck, bei Heirats- und Prostitutionsmigrantinnen handele es sich um abhängige, zugleich unkomplizierte und sexuell allzeit bereite Frauen. Das Patriarchat lebt in den Wünschen der Kunden unvermindert weiter.

### Zuwanderung stoppen?

Den Menschenhandel versuchen Regierungen der Zielländer durch ein „Einfuhrverbot“ zu regulieren, indem die Zuwanderung immer stärker reglementiert wird, Grenzkontrollen verstärkt und bina-

tionale Ehen überwacht werden. Menschenhändlern soll das Handwerk gelegt werden. Ob damit den Migrantinnen gedient ist, ob sie besseren Schutz vor Ausbeutung genießen, bleibt fragwürdig. Der Zwang zur Migration besteht ja weiter, und die Frauen, die diesen gewagten Schritt in die Auswanderung tun, sind mehr denn je auf die Dienste von Schleppern und Händlern angewiesen.

Dass sich die Nachfrage nach sexueller Ausbeutung nicht durch die Illegalisierung der „Ware“ automatisch erledigt, hat sich längst erwiesen. Schließlich gehen die Kunden keinerlei Risiko ein. Nicht zuletzt kann man auch ohne die Dienstleistung der Händler auskommen: Nur ist der Flug etwas teurer und die Frau nicht bequem zu Hause verfügbar.

### Wie reagiert unser Rechtsstaat?

Unser Rechtsstaat definiert zwar im 13. Abschnitt des Strafgesetzes „Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung“, wozu unter anderem Vergewaltigung (§ 177), Zwangsprostitution (Menschenhandel, §§ 180b, 181) und die Verbreitung pornographischer Schriften (§ 184) zählen. Er greift jedoch bei sexuellen Gewalttaten an Frauen nicht unbedingt ein. So sind beispielsweise weder die Herstellung noch der Vertrieb, Konsum oder Besitz von Pornographie strafbar, solange nur Erwachsene an ihr beteiligt sind. Dabei beinhalten die Herstellungsmechanismen von Pornographie - gemeint ist hier der „harte“ Pornomarkt - meist eine perfide sexuelle Ausbeutung. Je gewalttätiger und männlichkeitsverherrlichender die dargestellte Sexualität in Pornos ist, desto eher handelt es sich auch bei den Produktionsbedingungen um Straftatbestände wie Vergewaltigung, Menschenhandel oder Zuhälterei.

Catherine MacKinnon weist in ihrem Buch *Nur Worte* darauf hin, dass „in empirischer Hinsicht (...)“



jede Pornographie unter Bedingungen der auf der Geschlechtszugehörigkeit basierenden Ungleichheit hegestellt (wird), in überwältigendem Ausmaß mit armen, verzweifelten, obdachlosen, prostituierten Frauen, die als Kinder sexuell mißbraucht wurden.“

Nicht zuletzt zeigen die Konsumgewohnheiten - 1997 wurden 150-170 Millionen DM Umsatz mit Pornos allein in Videotheken gemacht -: Hier wächst ein männliches Imaginationspotential heran, welches in der Realität Entsprechung in frauenverachtenden Phänomenen sucht. Das fängt an bei den „harmloseren“ Varianten sexistischer Witze und findet seine Fortsetzung in sexueller Belästigung, tatsächlicher Vergewaltigung im ehelichen wie öffentlichen Bereich bis hin zur offenen oder versteckten Nachfrage nach „willigen“ Zwangsprostituierten oder gekauften Ehefrauen. Eine sexistische Einschätzung von Frauen als stets verfügbar für männliche Lust ist zu einem erheblichen Teil auf die Porno- und

Mediensozialisation zurückzuführen, und wird leider auch nicht so einfach durch reale Begegnungen mit Frauen verändert, die diesem Bild nicht standhalten.

### Was ist zu tun?

Diejenigen Frauen, die ihre Tätigkeit in Prostitution und Pornographie für sich akzeptiert haben, wollen sicher nicht, dass ihnen von außen Unfreiwilligkeit und Zwang unterstellt wird. Zurecht wehren sich die Interessenvertretungen von Prostituierten gegen diese Art der Ignoranz gegenüber den Lebensentwürfen ihrer Klientinnen. Zumal mit der Gegenrede selten eine annehmbare Alternative für die eigene Existenzsicherung angeboten wird. Den Lebensentwurf der Prostituierten oder Pornodarstellerin als anzustrebenden, neutralen Beruf darzustellen, verleugnet und trivialisiert jedoch die meist grundlegend grenzüberschreitende Art der Erlebnisse in diesem Sektor und schreibt damit den Status Quo ei-

ner sexistischen Gesellschaft fest, in der die Ausbeutung von Frauen erneut legitimiert ist.

Sollen der Handel mit Frauen zur Befriedigung männlicher Bedürfnisse und die daraus folgende Herabwürdigung von Frauen sinnvoll bekämpft werden, brauchen wir neben den bisher vorgebrachten Forderungen nach ausländerrechtlichen, strafgesetzlichen und sozialpolitischen Änderungen auch die Beschäftigung mit den „verursachenden Tätern“. Kunden, die sich Frauen kaufen, sind für das Ausmaß des Menschenhandels verantwortlich. Zu möglichen Veränderungen der Kundenwünsche gehören, wie oben ausgeführt wurde, die Thematisierung und Ächtung frauenverachtender Pornographie, weil hier die Erniedrigung einstudiert wird.

### Anmerkung:

(1) Catherine MacKinnon: Nur Worte, Frankfurt/M. 1994

Saskia Morell (zuerst abgedruckt in: TERRE DES FEMMES - Rundbrief)

## TERRE DES FEMMES - Kampagne:

„Frauenhandel ist Frauenverachtung“. Anlässlich des 25. Novembers, des internationalen Tags gegen Gewalt an Frauen, wird es Aktionen und Info-Tische zum Thema geben. TERRE DES FEMMES setzt sich dafür ein, dass Frauenhandel als schwere Menschenrechtsverletzung angesehen wird.

Seit Jahren ist der 25. November der Hauptaktionstag für Protestveranstaltungen von TERRE DES FEMMES. Der Tag geht zurück auf den Tod der drei Schwestern Mirabel, die am 25. 11. 1960 in der dominikanischen Republik vom militärischen Geheimdienst gefoltert, vergewaltigt und ermordet wurden. Sie hatten sich an Aktivitäten gegen den Diktator Trujillo beteiligt.

1981 wurde auf einem Treffen lateinamerikanischer und karibischer Feministinnen dieser Frauen gedacht und der 25. November zum internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen ausgerufen.

TERRE DES FEMMES for-

dert in der anlaufenden Kampagne schwerpunktmäßig, dass Abschiebungen nicht mehr stattfinden, bevor nicht geprüft ist, ob die „illegale“ Frau ein Opfer von Menschenhandel ist. Anders ausgedrückt, es handelt sich um die Einforderung eines (befristeten) Bleiberechts für die Opfer von Menschenhandel. So würde auch ihr Opferstatus anerkannt, und sie nicht nur von der Polizei als Täterinnen gegen das Ausländerrecht angesehen.

Wir fordern, dass spezialisierte Beratungsstellen flächen-deckend eingerichtet und von den Ländern finanziert werden, um die Opfer nicht in Form von Polizeigewahrsam o.ä. zu traumatisieren, sondern sie zu stärken und ihnen den Rückhalt für eine Aussage gegen ihre Peiniger zu geben.

### Frauenhandel gibt es in jedem Bundesland.

Wir fordern, dass öffentliche Gelder bereitgestellt werden, damit

Aufklärungskampagnen stattfinden können. Ein Beispiel, wie notwendig diese Forderung ist: seit 1996 konzipierte der Koordinationskreis (KOK) eine Plakatkampagne, die zum 25. November 1998 bundesweit eine breite Öffentlichkeit erreichen sollte: in U-Bahn-Stationen, auf Litfaßsäulen und durch eine bundeseinheitliche Rufnummer sollte aufgeklärt werden, was es mit dem Handel von Frauen auf sich hat. Nachdem das Bundesministerium großes Interesse signalisiert hatte, lief die Plakatkampagne auf vollen Touren, bis sie schließlich aus inhaltlichen Gründen in letzter Sekunde gekippt wurde. Die Öffentlichkeit wird nahezu täglich mit Sensationsberichten in TV und Printmedien zum Thema Frauenhandel konfrontiert. Die realen Situationen von Frauen stehen dabei völlig im Hintergrund. Es bedarf daher einer gezielten und ebenso breitangelegten Kampagne, um dem verzerrten Bild der Medien gegenzusteuern, welches den betroffenen Frauen eher schadet und wahre Verantwortlichkeiten verschleiern!

TERRE DES FEMMES klärt dagegen über Hintergründe auf, um die Perspektive zu verändern, damit Frauen, die unwillkürlich durch ihren „illegalisierten“ Status zu Opfern werden, Gerechtigkeit widerfährt.



## ZU BESUCH IN EINER „NATIONAL BEFREITEN ZONE“

- Königs Wusterhausen im Herbst '98 -

Am 17. Oktober fand im Brandenburgischen Königs Wusterhausen eine antifaschistische Demonstration statt, an der etwa 500 Menschen, zumeist Jugendliche aus Berlin und Brandenburg, teilnahmen.

### Der Hintergrund:

Hier, wie in vielen anderen Orten der ehemaligen DDR, wird die „akzeptierende Sozialarbeit“ durchgeführt. In von freien Trägern (in diesem Falle die „Oase“ von der AWO) oder den Kommunen betriebenen Jugendeinrichtungen können sich Rechtsextreme völlig ungestört tummeln. Nicht selten werden aus diesem Zentrum heraus gewalttätige Angriffe auf „AusländerInnen“, Behinderte oder sogenannte (linke) Zecken verübt.

So wurden im November 1996 Angehörige des Stadtjugendrings aus der „Oase“ heraus angegriffen. Auch die Täter, die im Februar 1998 zwei geistig Behinderte mit Eisenstangen schlugen und sie zwangen, bellend auf dem Boden zu kriechen, kamen aus dem Club.

Daneben ist die „Oase“ ein fester Bestandteil der rechten Infrastruktur im Ort. Nazi-Kader gehen ein und aus, haben sie dort doch den idealen Boden für ihre Rekrutierungsarbeit.

Obwohl das alles bekannt ist, kümmern sich die SozialarbeiterInnen rührend um ihre Klientel - das geht so weit, dass sie ihre Schützlinge zu Nazi-Demonstrationen fahren oder sie zu entsprechenden „kulturellen Ereignissen“ begleiten.

Die Verantwortlichen in der Stadt „wissen natürlich von nichts“, oder reden einfach nur schön. Selbst die am Ort nicht unbedeutende PDS negiert das Problem, ja, sie stellt sich sogar auf die Seite der vermeintlichen Opfer. Führende

PDSlerInnen gehen so weit, dass sie Verständnis aufbringen: Man müsse die Jugendlichen doch verstehen, sie würden sich doch nur vor der Überfremdung schützen wollen.

Und genau diese Haltung brachte dann am Tag der Demo die Bevölkerung, insbesondere die Jugend, zum Ausdruck. Die Reaktionen auf die Demonstration reichten von ungläubigem Staunen bis zu offener Ablehnung: „Jetzt bekommen hier sogar die Ausländer Pässe und ich bekomme nur 50 Mark über'm Regelsatz“, so eine ältere Frau. Eine etwa 15jährige: „Ich hab gehört, dass hier ein Ausländerheim gebaut wird, das steht nicht lange, das sach ich Ihnen! Deutschland bleibt deutsch!“ Und national befreit auch im CB-Funk-Netz: „Jetzt machen hier die Kanaken 'ne Demo! Die wollen doch nur noch mehr Ausländer hier haben.“

Einen nicht unbeträchtlichen Anteil an dieser Stimmung hatte die Hetze im Vorfeld der Demo: Obwohl die OrganisatorInnen der Demonstration sich intern und öffentlich explizit für einen friedlichen Verlauf ausgesprochen hatten, versuchten die örtlichen Medien, einen „Chaos-Tag“ (Märkische Zeitung) heraufzubeschwören, der Bürgermeister diffamierte den Demo-Aufruf, hier sei „Lüge an Lüge gereiht“ und die PDS befürchte, dass „die Gewalt eskalieren kann“.

Wie geplant, wurde die Demo, trotz aller Polizeiprovokationen, friedlich durchgeführt, was aber die massiv aufgefahrenen Staatsmacht in grün (Polizei aus Brandenburg und Berlin, SEK aus Potsdam und BGS)

nicht daran hinderte, zum Abschluss der Demonstration mit eindeutig sexistischen Angriffen gegen Demo-Teilnehmerinnen einen mittelschweren Tumult zu inszenieren, bei dem es dann noch zu Verletzten und diversen Verhaftungen kam.

Aber es musste ja unbedingt der Beweis erbracht werden, dass solche Veranstaltungen prinzipiell unfriedlich verlaufen - es blieb der Eindruck, als hätten hier die Bullen eine klare Vorgabe pflichtgemäß erfüllt!

Und keine fünf Minuten nach der Abreise der letzten Demo-TeilnehmerInnen füllten sich die Straßen von KW mit dem üblichen Jungnazi-Mob. In einem am selben Abend geführten Interview bedauerten auch die meisten jugendlichen Angesprochenen, dass es keine (faschistische) Gegendemo gegeben habe. Ein junger Mann: „Na ja, am 20. April kommt die Gegendemo!“, und seine Freundin: „Ja, Hitlers Geburtstag, das ist schön!“

### Eben Alltag in Königs Wusterhausen!

So wichtig und richtig die Demo und ihr Anliegen auch waren - die Nazi-Probleme in KW, die viele gern verschweigen, in das Bewußtsein der Öffentlichkeit zu tragen - zeigt sie aber auch die Grenzen solcher Aktionen. Demonstrationen allein können eben die Realität nicht verändern. Da hilft nur klare Positionierung und gemeinsamer Widerstand aller Betroffenen gegen die Ursachen dieser Zustände!

C.K., Berlin



# Schluss mit staatlichen Übergriffen auf

Am 24. September 1998 haben Polizei und Staatsschutz in Duisburg drei Kulturvereine durchsucht: Immigranten-, Arbeiter- und Jugend-Kulturverein e.V., Verein zur Förderung der Kulturellen und Sozialen Situation der Türkischen Landsleute in Duisburg e.V. und das Kulturzentrum FABRIK e.V.

Solidaritätserklärung

Das Kulturzentrum FABRIK e.V. war auf Anordnung durch das Amtsgericht Duisburg durchsucht worden. Dabei wurden Räumlichkeiten gefilmt und fotografiert, Personalien der Anwesenden festgehalten und ein Flugblatt (in deutscher und türkischer Version) beschlagnahmt. Der juristische Vorwand für diese Polizeiübergriffe ist ein Ermittlungsverfahren gegen eine junge Immigrantin wegen des Vorwurfs, gegen den § 164 Abs. 2 Strafgesetzbuch (StGB) verstoßen zu haben. Da in dem Flugblatt frühere Polizeiübergriffe als „nicht rechtlich“ bezeichnet werden, wird ihr vorgeworfen, sie habe die Polizei auf eine Art fälschlich beschuldigt, „die geeignet sei, ein behördliches Verfahren oder andere behördliche Maßnahmen“ gegen die Polizei „herbeizuführen oder fort-dauern zu lassen“ (StGB). Damit droht ihr im Falle einer Verurteilung „Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren“ (StGB).

Der Staat nimmt Anstoß an einem Flugblatt linker türkischer und kurdischer ImmigrantInnenvereine und der Kurdistan Solidarität Duisburg, das gegen wiederholte Angriffe der

Polizei auf diese Vereine protestierte. Diese staatliche Unterdrückung  
l i n  
ImmigrantInnenorganisationen hält in Duisburg schon seit Jahren an. Die Angriffe nahmen zeitweilig zu und waren zum Teil fast wöchentlich, was am 15. November 1997 zu einer Protestdemonstration kurdischer, türkischer und deutscher Organisationen führte.

Durch die gerichtlichen und polizeilichen Maßnahmen sollen die Mitglieder der Vereine allem Anschein nach unter Druck gesetzt sowie BesucherInnen ihrer Einrichtungen eingeschüchtert und Nachbarn abgeschreckt werden. Das erkennbare Ziel dieser Polizeiübergriffe ist es, eine freie politische Betätigung und Organisation (insbesondere von ImmigrantInnen) zu kriminalisieren und die politische Zusammenarbeit deutscher, türkischer und kurdischer Linker zu unterdrücken.

**Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle! Linke und Arbeiterbewegung aller Länder müssen gemeinsam der staatlichen Repression entgegenreten! Unabhängig von möglichen politischen Differenzen fordern die UnterzeichnerInnen dieses Protestes:**

**Sofortige Niederschlagung**

**aller Verfahren gegen Duisburger Linke!**

**Schluss mit den staatlichen Angriffen auf die Linke!**

**B i s h e r i UnterzeichnerInnen in alphabetischer Reihenfolge**

(Stand 14.11.1998):

Alliance for Workers' Liberty (Britannien), Antifa Bonn/Rhein-Sieg, organisiert in der Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation, Antifa Offenburg, Antifaschistischer Bund (AFB), Blockbuster - Jugend gegen Rassismus Mönchengladbach, gegen den Strom (Jugendantifa), Internationale Bolschewistische Tendenz (Bolshevik Tendency, Nordamerika), Gruppe Spartakus (Deutschland), Marxist Bulletin (Britannien), Permanent Revolution Group (Neuseeland), Kommunistische Plattform der PDS/NRW, Koordinierungskreis Antifaschistischer Gruppen in Düsseldorf und Umland (KOK), League for a Revolutionary Communist International, Linke Alternative Düsseldorf, Marxist Educational Group (USA), Partei des Demokratischen Sozialismus, KV Duisburg, Revolution & Truth (Britannien), Sarah Wagenknecht (PDS), Socialist Workers Party Newcastle West (britannien), Sozialistische Aktion (AKP, The Socialist Truth in Cyprus (Monthly Political Newspaper), Ulla Jelpke (MdB/PDS).

Wer diese Solidaritätserklärung unterstützen möchte, schreibt bitte an:

**Gruppe Spartakus; Postfach 100 601; 47 006 Duisburg, oder e-mail an: duisburg (a) babeuf.actrix.gen.nz**

## Attatrol | Buchladen

45657 Recklinghausen Herner Str. 16  
☎ 02361 / 17002

**„Jetzt sind freilich aufgeklärter  
Diese Menschen, und sie töten  
Nicht einander mehr aus Eifer  
Für die himmlischen Interessen. -**

Partner der  
Büchergilde

Partner der  
Büchergilde

**„Nein, nicht mehr der fromme Wahn,  
Nicht die Schwärmerei, nicht Tollheit,  
Sondern Eigennutz und Selbstsucht  
Treibe sie jetzt zu Mord und Todschlag.  
Heinrich Heine "Atta Troll"**

**Öffnungszeiten: Mo-Fr 9.00-18.30 & Sa 9.00-14.00**



## Fortsetzung von Seite 10

jedes einzelne Detail des Fehlurteils im Fall der Tötung Daniel Faulkners im Jahr 1981 bestätigt. Diese „Rechts“-entscheidung wurde durch eine üble Kampagne des **Fraternal Order of Police** (rechtsradikale Polizeigewerkschaft) vorbereitet. Um die Hinrichtung zu beschleunigen, veröffentlichten diese Leute kürzlich seitengroße Anzeigen in der **NEW YORK TIMES** (14.6.) und anderen Zeitungen im ganzen Land. Nur wenige Tage (25.10.) vor dem Verdikt des **Supreme Court** (= Oberster Gerichtshof) brachte die **NEW YORK POST** einen hetzerischen Leitartikel, der Jamal als „Polizistenmörder“ beschimpfte

und seinen Tod forderte. Die Absicht dieses rassistischen Kreuzzuges ist es, ein Klima der „öffentlichen Akzeptanz“ für den Justizmord an Jamal herzustellen. Laßt uns das verhindern!

Seine krasse Voreingenommenheit dokumentierend, hat der **Supreme Court** jede einzelne Aussage der Entlastungszeugen und jeden Beweis der Verteidigung als unglaubwürdig abgetan. Gleichzeitig wurde der Polizei von Philadelphia in jedem einzelnen Fall „Glaubwürdigkeit“ attestiert. Die Polizei von Philadelphia ist aber „berühmt“ für ihr System der rassistischen Falschaussagen, so daß selbst der US-Bundesanwalt 1979 in dieser Sache einen Bürgerrechtsprozeß

anstrengte, in dem er die „weitverbreitete, willkürliche und unverantwortliche physische Mißhandlung“ von Zeugen und Verdächtigen durch die Polizeibeamten beklagte. Allein in den letzten 3 Jahren wurden in Philadelphia Hunderte von Verfahren aufgrund solcher Vorwürfe gegen die Polizei niedergeschlagen.

### Freiheit für Mumia Abu-Jamal und alle anderen politischen Gefangenen - weltweit!

(Text leicht abgewandelt nach: **ROTER MORGEN** 22/98)

## Eine Stellungnahme aus der Todeszelle

Von Mumia Abu-Jamal (SCI-Greene, Waynesburg, Pennsylvania)

31. Oktober 1998

„Wieder einmal hat uns der Oberste Gerichtshof von Pennsylvania gezeigt, wie die Gerechtigkeit aussieht, die man mit dem Geld der Polizeigewerkschaft Fraternal Order of Police (FOP) kaufen kann. Der Oberste Gerichtshof ist zum Würgegriff des Todes zurückgekehrt, indem er bei seiner Entscheidung geltendes Recht sowie seine eigene Rechtsprechung und fundamentale Grundsätze der Gerechtigkeit ignorierte. In der Bestätigung der verquastesten Argumente von Richter Albert Sabo offenbart der Oberste Gerichtshof eine verblüffende Übereinstimmung mit der Staatsanwaltschaft. Wenn ein Gericht, das teilweise von der FOP bezahlt wird und in dem der damalige Ankläger nun als einer der Richter auftritt, fair sein soll, dann ist Fairneß zu einem genauso hohlen Begriff verkommen wie „Gerechtigkeit“. Sie ist dann, um es mit den Worten von Richter Sabo zu sagen, „nichts als eine emotionale Regung“. Der Oberste Gerichtshof von Pennsylvania hat in den letzten Monaten Todesurteile in Fällen bestätigt, in denen eine unvoreingenommene Durchsicht der Gerichtsprotokolle oder Plädoyers eine gewissenhafte Bestätigung der Urteile einfach unmöglich gemacht hätte. Die Richter haben alle entlastenden Beweise ignoriert, haben klare Fälle von Geschworenenbeeinflussung absichtlich übersehen und in Fällen von Inkompetenz der Verteidiger beide Augen zugedrückt. In meinem Fall sind sie genauso vorgegangen. Es handelt sich hier um eine am Vorabend der Kongreßwahlen von der FOP gekaufte politische Entscheidung. Sie ist das Halloween-Geschenk eines Gerichts, das einen Hang zum MMakaberen hat.

Ich bedaure es, daß sich dieses Gericht mit seiner Entscheidung nicht auf die richtige Seite der Geschichte gestellt hat. Aber ich bin davon keineswegs überrascht. Jedesmal, wenn unsere Nation in der Rassismusfrage an einen Scheideweg gelangt ist, hat sie sich stets für den Weg der Kompromisse und des Verrats entschieden. Am 29. Oktober 1998 hat der Oberste Gerichtshof von Pennsylvania ein kollektives Verbrechen begangen: Er hat den juristisch vorgeschriebenen Weg verlassen, ein faires Verfahren abgewürgt und die Gerechtigkeit mit Füßen getreten.

Aber auch dieser juristische Schwindel ändert nichts an meiner Unschuld. Kein Gericht kann einen unschuldigen Menschen schuldig sprechen. Ein Urteil, das auf Unrecht beruht, kann niemals gerecht sein.

Der gerechte Kampf für Leben, Freiheit und Gerechtigkeit muß weitergehen.“

Mumia Abu-Jamal

(Text aus: **FREEDOM NOW!**, Bulletin Nr. 12/28.11.1998, Hrsg.: Archiv '92 „Kampagne Mumia Abu Jamal“, Postfach 150323, 28093 Bremen; von dort ist auch weiteres Material erhältlich)



## Zu den politischen Verwicklungen um Abdullah Öcalans Asylantrag in Italien

Im Nahen Osten haben sich die Machtverhältnisse deutlich zugunsten zweier Staaten verschoben, die sich darin einig sind, gestützt auf die USA nationale Konflikte in erster Linie mit militärischen Mitteln zu lösen: Türkei und Israel. Sie haben ein Abkommen gegenseitiger Unterstützung getroffen, mit dessen Hilfe in der jüngsten Zeit insbesondere Syrien durch die Androhung, dort militärisch zu intervenieren und das Land ebenfalls mit Krieg zu überziehen, und die nicht ausgesprochene Drohung, diesem Land erforderlichenfalls buchstäblich das Wasser (des Euphrat) abzugraben, botmäßig gemacht wird.

Das syrische Baath-Regime unter dem Aleviten **Hafiz al-Assad** (Staatsoberhaupt) sah sich dadurch gezwungen, etwa 600 kurdische Freiheitskämpfer, deren Namen in einer ihm vom türkischen Regime vorgelegten Liste standen, an die Türkei auszuliefern. Jedoch den Kopf der Organisation, die sich seit 1984 im bisher längsten Kampf für die Freiheit des kurdischen Volkes gegen die Republik Türkei seit deren Gründung durch **Atatürk** befindet, **Abdullah Öcalan**, lieferte die syrische Regierung (Regierungschef **Mahmud az-Zubi**) nicht aus. Öcalan suchte weder in Griechenland noch in Armenien, zwei Ländern, die das türkische Regime immer wieder für den kurdischen Freiheitskampf verantwortlich zu machen versucht hat, sondern zunächst in Moskau Zuflucht, wo das Parlament bereit war, ihm politisches Asyl zu gewähren. Aber ein unberechenbarer Präsident mit nahezu absolutistischen Vollmachten machte ihm den Boden wohl zu heiß. Er suchte um Asyl in Italien nach, wozu die Regierung

unter Ministerpräsident **Massimo D'Alema** dort auch bereit war. Um ungeschoren aus Moskau abreisen zu können, reiste er in Italien mit falschem Paß ein, wovon durch die russischen Behörden auch das deutsche **Bundeskriminalamt** unterrichtet worden war, dessen Hinweis an die italienischen Behörden zunächst zu seiner Festnahme führte. Wie Öcalans Anwalt, **Luigi Saraceni**, in einem Interview der türkischen Zeitung **EVRENSEL** (vom 28.11.98) erklärte, kann ihm daraus allerdings kein Verfahren wegen illegaler Einreise erwachsen, weil Öcalan selbst bei den italienischen Zollbehörden darauf hingewiesen hatte, wer er ist und daß sein Paß auf einen falschen Namen lautete. Als die italienische Regierung gemerkt hatte, wen ihre Behörden da festgenommen hatten, setzte sie ihn, da er sich nach italienischen Gesetzen nicht strafbar gemacht hatte, vorläufig unter Arrest (d.h. nahm ihn ausdrücklich nicht in Haft) und deutete damit an, daß ihm nach italienischem Recht Asyl gewährt werden könne. Das

bedeutet jedoch nicht, daß Öcalan nicht in ein Land überstellt werden kann, in dem ihm glaubhaft ein Verbrechen zur Last gelegt wird, wenn es sich dabei um einen Rechtsstaat handelt. Laut einer Rede des ERNK-Europasprechers **Kani Yilmaz** am 14.11. in Rom (übertragen vom kurdischen Fernsehsender **Med-TV**, war Öcalan bereit, sich der deutschen Justiz zu stellen.

Gegen ein sofort gestelltes Auslieferungsbegehren seitens der türkischen Regierung unter **Mesut Yilmaz** machte die italienische Regierung geltend, daß Öcalan nach den italienischen Gesetzen nicht in ein Land ausgeliefert werden könne, in dem ihm die Todesstrafe drohe. Auf die prompte Erklärung aller im türkischen Parlament vertretenen Parteien hin, dann eben die Todesstrafe - sozusagen in einem Handstreich - abschaffen zu wollen (wozu das Regime zuvor trotz zahlreicher Initiativen türkischer Verfechter der Menschenrechte nie bereit gewesen war), verwies die italienische Seite darauf, daß Italien

**HUTZEL Vollkorn-Bäckerei GmbH**  
**Hattinger Straße 188 44795 Bochum**  
**Tel. 0234/ 450590**  
**FAX: 0234/452268**

Kontrolliert-biologischer Anbau  
 BIOLAND-Getreide  
 Eigene Mühle  
 Informationen  
 Betrieb in Selbstverwaltung

Mo. - Fr. 10.00 - 13.00h, 15.00 - 18.00h

**SONNENBLUME**  
**NATURKOST**

Lebensmittel aus kontrolliert biologischem Anbau

**SPRINGSTR. 2 AM HAUPTBAHNHOF**  
**45657 RECKLINGHAUSEN**  
**TEL.: 02361/13927**

Täglich frisches Brot, Gemüse u. Milchprodukte  
 Wurst und Fleischwaren aus der Bio- Metzgerei  
 Ökologische Weine, Sekt und Säfte  
 Naturkosmetik, Haar- und Körperpflegemittel  
 Individuelle Beratung zur Vollwerternährung

Öffnungszeiten: Mo - Fr. 9<sup>00</sup> - 13<sup>00</sup> u. 15<sup>00</sup> - 18<sup>00</sup> Uhr  
 Sa. 9<sup>00</sup> - 13<sup>00</sup> Uhr



zwar auch die Vereinbarung zur gegenseitigen Auslieferung von Terroristen unterzeichnet habe, aber nur mit einer Zusatzklausel, der zufolge erstens die Stellungnahme des Betroffenen, zweitens die Verhältnisse in dem Land, das die Auslieferung begehrt, berücksichtigt werden müßten; Italien sei ein Rechtsstaat und seine Regierung an Recht und Gesetz gebunden. Daraufhin erklärte das so brüskierte türkische Regime Italien „ewige Feindschaft“, weil es einen Massenmörder schützen wolle, der in der Türkei 30.000 Menschen auf dem Gewissen habe (während noch vor kurzem ein türkischer General stolz bekundet hatte, daß auf das Konto der türkischen Armee allein mehr als 25.000 der Toten gehen, die die kurdische Guerilla davor nicht habe schützen können). Das türkische Regime rief zum Boykott italienischer Geschäfte durch türkische Staatsangehörige auf. Dies führte zu pogromartigen Plünderungs- und Brandanschlägen auf italienische Geschäfte auf türkischem Boden durch türkische Faschisten, in deren Verlauf mehrere Kurden umgebracht wurden, die dem Boykottaufruf nicht Folge leisteten, während die türkische Polizei sich vornehm zurückhielt. Auch Büros der kurdischen Partei **HADEP** wurden Opfer solcher Aktionen.

Die Taten des türkischen Regimes:

- das seine kurdische Bevölkerung mit einem terroristischen Spezialkrieg nach dem Muster des US-Krieges in Vietnam überzog
- das dabei an die 4.000 kurdische Ortschaften dem Erdboden gleichmachte, riesige Waldflächen abbrannte und ganze Regionen unbewohnbar machte
- das mit alledem ein Millionenheer kurdischer Flüchtlinge produzierte, die überwiegend in die Elendsviertel der türkischen Großstädte (zu einem weitaus geringeren Teil aber auch nach Europa) strömten
- dessen Armee geradezu Orgien der Brutalität feierte
- dessen Armee wiederholt in den nördlichen Irak einfiel und auch die dortige Bevölkerung in der nach dem Golfkrieg gegen den Irak von den USA errichteten angeblichen Kurden-schutzzone mit Tod und Verderben überzog
- das Hinrichtungen auf offener Straße begünstigte
- das die enormen Kosten für seinen Krieg besonders der armen Bevölkerung aufbürdet

dem kurdischen Freiheitskampf und der Person Öcalans anzulasten, ist nicht nur eine bodenlose Unverschämtheit, die Hysterie macht vielmehr deutlich, wie sehr der aus ANAP, DSP und DYP bestehenden Regierungskoalition unter Yilmaz innenpolitisch das Wasser am Hals stand. Die USA, die in dem Krieg des türkischen Staates gegen das kurdische Volk von Anbeginn an Regie geführt haben, etwa indem sie die feudalistischen Kurdenführer durch Ausübung von entsprechendem Druck zur Zusammenarbeit mit dem türkischen Militär bewegten, verlangten von Italien die unverzügliche

Auslieferung Öcalans an die Türkei und damit einen offenen Bruch der italienischen Verfassung, so wie es vor Jahresfrist Bundesinnenminister **Kanther** tat, als er den italienischen Behörden verbieten wollte, kurdischen Flüchtlingen Asyl zu gewähren. Eine große Zahl kurdischer Demonstrierender verlangte denn auch in Italien politisches Asyl für Abdullah Öcalan.

Die deutsche **Bundesanwaltschaft** machte sich zugleich anheischig, Öcalan wegen des Mordes an einem Kurden in Deutschland den Prozeß zu machen, ein heißes Eisen, an das die Regierung Schröder nicht heran will. Nachdem sie anfangs die Beweise der Bundesanwaltschaft angezweifelt hatte, argumentiert sie nun damit, den Frieden zwischen Türken und Kurden auf deutschem Boden nicht gefährden zu wollen, ist sich insgeheim aber wohl auch dessen bewußt, daß der deutsche Staat kein Recht hat, über den Führer des kurdischen Freiheitskampfes zu Gericht zu sitzen, schon gar nicht wegen der Ermordung kurdischer Freiheitskämpfer, denn der deutsche Staat hat den NATO-Partner Türkei bei dessen Krieg mit militärischer und politischer Hilfe jeglicher Art unterstützt, dem türkischen Geheimdienst auf deutschem Boden Tür und Tor für eine Bekämpfung von Gegnern des Regimes geöffnet (einschließlich der zuvor-kommenden Behandlung von Killern wie **Catli**) und auch kurdische Oppositionelle an die Türkei ausgeliefert. Er kann sich von daher nicht als unvoreingenommen darstellen. Die Regierung Kohl hatte allerdings, als die mafiosen Machenschaften des türkischen Regimes öffentlich nicht mehr zu leugnen waren, versucht die eigene enge Verquickung mit dem türkischen Staat zu vertuschen. Unter der Hand wurden in den letzten Jahren, da die kurdische Guerilla trotz massiver Bekämpfung mit hochmoderner Technik und Abscheu erregenden Vorgehens gegen die kurdische Bevölkerung nicht zu besiegen schien, (über **Ernst Lummer**) Fühler zu Öcalan ausgestreckt.

Inzwischen gibt es auch türkische Demonstrationen auf deutschem Boden für eine Auslieferung Öcalans an die Türkei, wobei (z.B. in Nettetal) Schilder mitgeführt wurden, auf denen Öcalan als Kindermörder bezeichnet wird. Bezug genommen wird dabei auf Fotomontagen im türkischen Fernsehen, in denen dies suggeriert wird. Den tatsächlichen Hintergrund dafür bilden Aktionen der kurdischen Guerilla gegen das Dorfschützersystem, in deren Verlauf nicht nur gegen den kurdischen Freiheitskampf eingesetzten kurdischen „Dorfschützer“ selbst, sondern - nach Banditenmanier - auch deren Kinder umgebracht worden sind. Der türkische Staat hat sich in puncto Sippenhaft allerdings auch nicht gerade mit Ruhm bekleckert.

Bei allen Winkelzügen und mangelnder Demokratie in den

eigenen Reihen ist der PKK ein Verdienst unbestreitbar und hebt diese Organisation und ihre Zweigliederungen deutlich gegenüber etwa den feudalistisch strukturierten Organisationen um **Barzani** und **Talabani** ab: Sie hat im Zuge ihres Kampfes gegen den türkischen Staat der kurdischen Bevölkerung in der Türkei ihre Identität bewußt gemacht und den türkischen Nationalismus an den Pranger gestellt, auch wenn sie dabei selbst zu nationalistischen Verzerrungen tendierte, in deren Rahmen Verbrechen wie das oben angesprochene geschehen sind. Genau dieses An-den-Pranger-Stellen aber kann ihr das türkische Regime, in dem das Militär nach wie vor das Sagen hat, nicht verzeihen und hat daher seit Jahren alle Versuche der PKK, zu einem Waffenstillstand mit anschließenden Verhandlungen zu kommen, mit Füßen getreten. Angesichts der heutigen Lage läßt sich feststellen: Ein Opportunismus hat sich für den von der PKK geführten Freiheitskampf offenbar als fatal erwiesen: daß er sich vom syrischen Staat abhängig gemacht hat.

Inzwischen haben sich die Regierungen Deutschlands und Italiens darauf verständigt, daß Öcalan vor einen internationalen Gerichtshof gestellt werden soll. Diese Position entspricht dem, was Abdullah Öcalan selbst will.

Das konstruktive Mißtrauensvotum gegen die auf die Duldung durch die CHP angewiesene Minderheitsregierung Yilmaz und die Abwahl von Yilmaz als Ministerpräsident haben die Position des türkischen Staates weiter geschwächt. Vom Bettel und von der Suche nach Nahrungsmitteln auf Müllhalden und in Abfalltonnen leben heute nicht nur Millionen kurdischer Flüchtlinge in den Gecekondular von Diyarbakir und im Westen der Türkei, sondern auch Millionen von verarmten Türken aus Anatolien und dem Schwarzmeergebiet etwa in der Hauptstadt Ankara. Die Türkei befindet sich nicht zuletzt aufgrund des Krieges zur Zeit in einer schweren Staatskrise.

Ob Öcalan für eine Rolle in Frage kommt, die der des PLO-Vorsitzenden **Yassir Arafat** als Verhandlungspartner der Regierung Israels ähnelt, wie es etwa **Lummer** (CDU) oder **Norman Paech** (SPD) vorschweben mag, läßt sich zur Zeit nicht vorhersehen.

KD

MIT EINER

# SOLARANLAGE

SCHIEINT IHRE SONNE EIN BISCHEN LÄNGER

**SWB**  
Solar Energy Systems  
 Handwerksbetriebe in Selbstverwaltung  
 Karl Hermann Str. 14  
 45704 Herten  
 Telefon 0 23 66 / 4 35 65

Heizungsanlagen  
 5-jährige Garantien  
 Elektroinstallationen

Solaranlagen  
 Regenwassernutzung  
 Brennwertkessel



In unserer zweiteiligen Reihe wird diesmal über die Judenverfolgung in Herten berichtet

„Kristallnacht!“  
*Das funkelt, blitzt und glitzert wie bei einem Fest!*  
*Es ist längst Zeit, daß diese böswillig-*  
*verharmlosende Bezeichnung*  
*zumindest aus der Geschichtsschreibung verschwände.*  
 Avraham Barkai

## 1. Einleitung

Verschiedentlich habe ich deutlich gemacht, daß man die Geschichte des Novemberpogroms in Herten neu schreiben mußte, weil es inzwischen völlig neue Informationen zu den Vorgängen in Herten gibt. Vielfach unbeachtet - nicht nur in Herten - bleibt die Vorgeschichte der Ereignisse vom 9./10. November 1938. Auch dies ist meiner Ansicht nach völlig ungreiflich, denn gerade die Vorgeschichte und die Ereignisse am 9. November gehören zusammen - denn nur die gesamte Geschichte wirft ein bezeichnendes und realitätsgetreues Licht auf die Nazi-Diktatur. Die Aktion des 9./10. November war kein „Willkürakt“ in dem Sinne, daß den SA-Horden freie Hand gegeben wurde, den Tod des Botschaftssekretärs vom Rath zu rächen. Öffentlich beklagt würde in diesem Fall nur, daß der „Volkszorn“ von der SA vorgeschoben wurde.

Gerade die Ereignisse des Oktober und November 1938 können den Blick auf die Strukturen der Diktatur offenlegen, denn ein Unrecht bereitet den Boden für das nächste Unrecht, welches dann noch dazu mißbraucht wurde, um das nächste Unrecht zu legitimieren. Ein Schema, das in der Politik der Nazis durchgängig zu beobachten ist.

Die Ausblendung der Oktoberereignisse verengt den Blickwinkel und verführt zu falschen Schlussfolgerungen. Von den Oktoberereignissen wurden, auf das heutige Stadtgebiet bezogen, 3 Hertener Einwohner betroffen, so wie viele andere auch. Schon deshalb sollte dieser Teil der Geschichte in Herten auch wahrgenommen werden.

## 2. Abschiebung

Karl saß allein in seiner Schulbank. „Karl mußte in der Schulklasse allein sitzen.“<sup>1</sup> Karl war 12 Jahre alt und in Westerholt geboren. Aber er gehörte nicht zur Klassengemeinschaft, weil er Jude war. Die anderen Schüler mieden ihn. Vom Schwimmunterricht wurde er befreit, weil er nicht die Badeanstalt betreten darf. Die Neigung seiner Mitschüler, ihn bei Turnspielen und Gemeinschaftsübungen als Partner zu haben ist nicht groß.<sup>2</sup>

In den Schulunterricht plätzen am 28. Oktober 1938 2 SA-Männer. Sie nehmen Karl Zwiebel fest und nehmen ihn mit. Er und sein Vater sollen, da sie polnische Juden waren, nach Polen abgeschoben werden. Hals über Kopf müssen Sachen gepackt werden, dann werden sie nach Bochum gebracht.

Das Geschäft der Familie Zwiebel in der Geschwisterstraße wird geschlossen. In Herten geschieht ähnliches. Das Schuhgeschäft der Familie Kohn, in der Ewaldstr. 19 wird ebenfalls geschlossen. Der zwölfjährige Karl, sein Vater Salomon Zwiebel und Hermann Kohn werden nach Bochum geschickt. Sie sollen in einem Sammeltransport nach Polen abgeschoben werden.

„Am Bahnhof war schon eine wimmelnde Masse aufgeregter, weinender, schreiender Frauen und Kinder versammelt<sup>3</sup>, und immer neue Lastautos führen an und 'schütten' förmlich ihre Elendslast auf den Vorplatz. Bochum war Sammelstelle für die umliegenden kleinen und auch größeren Ortschaften mit überwiegend Arbeiterbevölkerung.“<sup>4</sup> berichtet Otilie Schönwald, Vorsitzende des Jüdischen Frauenbundes in Deutschland.

In Bochum wurden polnische

Juden „gesammelt“, die z.T. viele Jahre in Deutschland gelebt hatten. Ein Teil dieser Menschen wurde angeworben, aber viele dieser Menschen kamen auch zwangsweise während des ersten Weltkrieges ins Ruhrgebiet, um die kriegswichtige Produktion aufrecht zu erhalten. Auf diese Weise reisten ca. 30.000 Ostjuden ins Reich ein.<sup>5</sup> „Die als kleine Kinder nach Deutschland verbrachten und die in Deutschland geborenen Kinder wußten nichts von Polen, hatten keinerlei Beziehungen dort und sprachen und verstanden die Sprache nicht.“<sup>6</sup>

Ab 1919 kamen aber auch polnische und ukrainische Juden ins Deutsche Reich, weil sie in ihren Heimatländern Pogromen ausgesetzt waren. Diese Flüchtlinge wurden zunächst nicht ausgewiesen, wenn sie durch jüdische Organisationen in ihrem Unterhalt abgesichert wurden. Ab 1923 konnten diese Gruppen auf Regelungen hoffen, die eine rechtlich gesicherte Existenz möglich machten. 1925 lebten 107.747 jüdische Ausländer in Deutschland, davon kamen 50.993 aus Polen.<sup>7</sup>

In Herten gab es mehrere Familien, auf die diese Beschreibungen zutrafen. Typisch ist der Fall der Familie Kirschensaft, die in Herten zuletzt in der Forststraße gelebt hatte. 1920 kam Nachmann Kirschensaft von Bochum nach Herten<sup>8</sup>, seine Frau zog von Köln ebenfalls nach Herten zu. Beide kamen demnach nicht direkt aus Polen, sondern hielten sich schon länger im Reichsgebiet auf. Ihre Kinder wurden alle in Herten geboren. Als Staatsbürgerschaft war bei der ganzen Familie „Polen“ angegeben. Am 27.10.1930 wurde der Eintrag jedoch in „staatenlos“ geändert. Bereits am 1. Juli 1933 verließ die Familie Deutschland in Richtung



Frankreich. Wären sie in Nazi-Deutschland geblieben, wäre die Judengesetzgebung für die deutschen Juden auf sie voll anwendbar gewesen.

Die Juden mit ausländischer Staatsangehörigkeit „genossen“ in den ersten Jahren der Nazidiktatur einige Vorteile, weil die Reichsregierung immer mit Interventionen der Heimatländer rechnen mußte<sup>9</sup>, außenpolitisch war dies den Nazis nicht immer angenehm und engte den politischen Spielraum ein. Dies hieß aber keinesfalls, daß sie *keinen* Beschimpfungen und Schickanen ausgesetzt wurden.

Mit der Machtübergabe an die Nazis setzte eine erste Rückwanderungswelle von polnischen Juden nach Polen ein. Zwischen dem 1. Februar und 1. Oktober 1933 kehrten etwa 12.000 bis 13.000 Juden aus Deutschland in ost- und südosteuropäische Länder zurück. Herten wurde Mitte September 1933 vom Ehepaar Max und Anna Silbermann, die seit 1931 ein Schuhgeschäft in der Ewaldstr. 19 führten und früher in Bochum lebten, verlassen. Ihr Geschäft übernahm damals das Ehepaar Kohn aus Dortmund, ebenfalls polnische Juden.

Zum gleichen Personenkreis wie die Kirschensafts gehörten auch die Familien Silberzweig, Ständig,<sup>10</sup> Friedler und Feuerstein. Potentiell gehörten sie alle zu denjenigen, die im Oktober 1938 von den Ausweisungsmaßnahmen betroffen sein konnten. Nur von der Familie Feuerstein ist derzeit bekannt, daß die Oktobermaßnahme von 1938 sie erst im Juli 1939 ereilt hat. Bei den anderen Familien fehlen noch immer Informationen. Lediglich von Herrn und Frau Silberzweig ist noch bekannt, daß sie auf irgend einem Weg nach Palästina - vermutlich vor 1938 - kommen konnten.

Aus dem heutigen Stadtgebiet befanden sich Ende Oktober, es war ein „bitterkalter Tag“, wie Ottilie Schönewald sich ausdrückte, der 12jährige Karl und sein Vater Salomon Zwiebel und Hermann Kohn am

Bahnhof in Bochum. Ob ihnen die Zeit gelassen wurde, Gepäck zu packen oder an-dere Reisevorbereitungen zu treffen, ist unbekannt. Frau Schönewald berichtet darüber, daß manche Personen wohl direkt aus dem Bett geholt wurden, um sie wegzuschaffen. Die jüdische Gemeinde Bochum erklärte sich bereit, verschiedene Dinge zu finanzieren. Wolldecken und warme Unterwäsche wurden besorgt und die Verpflegung gesichert. Am Abend des 28. Oktober sollte der Sonderzug abreisebereit sein. Bis dahin hatten die Helfer und Helferinnen in Bochum alle Hände voll zu tun. Sie besorgten Verpflegung für die Reise, halfen den Menschen mit Vertretungsvollmachten, damit die Geschäfte zu Hause von Verwandten oder guten Freunden, oder auch der jeweiligen jüdischen Gemeinde betreut werden konnten. Dann fuhr der Zug in den Bahnhof ein. Ottilie Schönewald erinnert sich:

„Ich entsinne mich genau, daß ich ihnen sagte:

*‘Es mag nicht mehr lange dauern, dann werden sie draußen im Ausland vielleicht sagen: ‘Nebbich, die Armen, die jetzt noch in Deutschland sind! Die haben keinen, der ihnen beisteht, wenn ihr Abtransport erfolgt!’ Ihnen ruft noch jemand; ‘Mazel Tow’ und ‘Shalom’ nach’. Ein Händedruck - und der Sturm auf die Sitzplätze im Zug begann. Auch hier wieder das natürliche Ventil. Die leiblichen Wünsche und Bedürfnisse des Augenblicks verdrängen das Bewußtsein des Schicksalhaften.’*<sup>11</sup>

### 3. „Lug und Trug“

Diese erste „Generalprobe“ der Massendeportation fand in aller Öffentlichkeit statt. Aber wie wurde die Öffentlichkeit informiert?

Sie wurde belogen und mit Halbwahrheiten desinformiert! Ein Artikel aus einer Essener Tageszeitung vom 29.10.1938 liegt vor. Da heißt es unter der Überschrift „Juden verlassen Essen“:

„Ein großer Teil der Juden ist

*nach 1918 nach Deutschland gekommen; viele Juden aus Polen und Ostgalizien waren auch nach Essen gekommen. Da diese Juden noch immer polnische Staatsbürger waren, so blieb dem polnischen Staat schließlich nichts anderes übrig, als sie jetzt zur Rückkehr aufzufordern und andernfalls ihnen anzudrohen, daß sie sonst die polnische Staatsbürgerschaft unweigerlich verlieren würden. So sammelten sich am Freitag nachmittag auf verschiedenen Plätzen Essens insgesamt 461 galizische Juden, um hier unter polizeilicher Aufsicht die Abreiseformalitäten zu regeln. Am 29. Oktober müssen sie alle drüben in Polen sein, sonst werden sie nicht mehr hineingelassen. Mit Schmunzeln betrachtete die Bevölkerung Essens den Ausmarsch der Juden.’*<sup>12</sup>

Nur in Kenntnis der zuvor beschriebenen Ereignisse ist klar erkennbar, daß hier wichtige Fakten einfach unterschlagen werden. Das Herausholen Karl Zwiebels aus dem Schulunterricht durch die 2 SA-Männer macht deutlich, das das alles andere als ein „spontanes freiwilliges Abreisen“ war. Die Tatsache, daß in Essen 461 Personen ihre Abreiseformalitäten unter Polizeiaufsicht abwickelten, hätten jeden Zeitungsleser irritieren müssen. Die Reichsbahn hatte damals einen anderen Zuspruch als heute. 461 Personen, die in einen Zug wollten, das wäre ohne einen Sonderzug gar nicht möglich gewesen. Auch waren die meisten Bahnhöfe für die Abschiebungsaktion gesperrt worden. Aber davon wurde der Zeitungsleser nicht unterrichtet, da hätte er schon selbst darauf kommen müssen.

Die ganze Aktion war tatsächlich eine Ausweisungsaktion. Nicht Polen hatte die Staatsangehörigen im Deutschen Reich aufgefordert zurückzukommen, sondern das Deutsche Reich wollte die jüdischen Polen loswerden, zu dem genannten Termin über die Grenze schaffen. Typisch für die Nazis im Bericht - sie hatten nichts damit zu tun!

Eine Karikatur, bzw. die Über-



schrift dazu in der Essener Nationalzeitung verrät viel mehr, als der oben zitierte Artikel preisgab. „Ost-jüdisches Gesindel verließ spontan Essen“, hieß es dort. Die Abwertung, die in dem Wort „Gesindel“ zum Ausdruck kommt, soll unterstreichen, daß es sich bei den Ausreisenden um keinen „gesellschaftlichen Verlust“ handelt. Es handelt sich um Menschen, die man besser loswerden möchte. Der Tenor der Berichterstattung ist allerdings der gleiche und zeigt damit auch auf, daß es zu der Ausweisungsaktion Direktiven zur Berichterstattung gab.

Was war nun der tatsächliche Grund für die Ausweisungsaktion am 28. Oktober 1938?

#### 4. Hintergrund der Abschiebungsaktion vom 28.10.1938

Eines der ersten Gesetze, die gegen die Juden gerichtet waren, wurde im Juli 1933 durch die Nazis beschlossen. Es eröffnete die Möglichkeit des Widerrufs der deutschen Staatsbürgerschaft, die in der Weimarer Republik vollzogen wurde. Betroffen war ein Personenkreis, der z.T. jahrzehntelang in Deutschland ansässig war. Sie konnten ihre alte Staatsbürgerschaft nicht zurückerlangen und wurden zwangsläufig zu Staatenlosen. Diese Personengruppe konnte aber auch nicht in andere Staaten auswandern, da sie als Staatenlose keine Einreisegenehmigung bekamen. Damit unterliefen die Nazis jedoch ihr eigenes Ziel ihrer Judenpolitik, das damals noch die Auswanderung war.

Weitere staatenlose Juden standen dem deutschen Reich durch eine Gesetzgebung Polens ins Haus. Das Gesetz „über den Entzug der Staatsbürgerschaft“ vom 31. März 1938 sah vor, im Ausland lebenden Staatsbürgern unter bestimmten Bedingungen die Staatsbürgerschaft zu entziehen. Bedingungen waren z.B. Handeln gegen die Interessen des pol-

nischen Staates, ununterbrochener Auslandsaufenthalt von 5 oder mehr Jahren, oder wer auf Aufforderung einer polnischen Behörde zurückzukehren nicht innerhalb der gesetzten Frist folgte.<sup>13</sup>

Für das Gesetz gab es gute Gründe, die - wie nicht anders zu erwarten - von den Nazis selbst zu verantworten waren. Mit dem Anschluß Österreichs ans Deutsche Reich setzte dort eine Welle der Judenverfolgung<sup>14</sup> ein, die Polen befürchten ließ, daß 20.000 Juden polnischer Staatsangehörigkeit nach Polen zurückkommen würden. Die diplomatischen Kanäle zwischen Polen und Deutschland waren zu dieser Zeit stark frequentiert, jedoch kamen beide Interessen zu keiner Kompromißlösung. Stattdessen wurden die polnischen Juden schon bei kleinsten Vergehen ausgewiesen, oder durch Verfolgung zum „freiwilligen“ Verlassen des Deutschen Reichs gedrängt.<sup>15</sup>

Am 6. Oktober erließ der polnische Innenminister eine Verordnung, die vorsah, daß innerhalb von 14 Tagen die Pässe der im Ausland lebenden Polen einen Vermerk erhalten mußten, ohne den eine Einreise in Polen nicht mehr möglich sein würde. Die Frist lief am 30. Oktober 1938 ab.

Der Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei, Heinrich Himmler, setzte am 26. Oktober im „Benehmen mit dem Auswärtigen Amt“ zwei Schnellbriefe ab. Darin wird angewiesen „unter Einsatz aller Kräfte der Sicherheits- und Ordnungspolizei und unter Zurückstellung anderer Aufgaben alle polnischen Juden, die im Besitz gültiger Pässe sind, sofort unter Ankündigung formularmäßiger Aufenthaltsverbote für das Reichsgebiet in Abschiebungshaft zu nehmen und unverzüglich nach der polnischen Grenze im Sammeltransport abzuschicken. Die Sammeltransporte sind so durchzuführen, daß die Überstellung über die polnische Grenze noch vor Ablauf des 29. Oktober 1938 erfolgen kann. Es

muß erreicht werden, daß eine möglichst große Zahl polnischer Juden, namentlich der männlichen Erwachsenen, rechtzeitig vor dem genannten Zeitpunkt über die Grenze nach Polen geschafft wird.“<sup>16</sup>

Dieser Schnellbrief erklärt auch, weshalb in Westerholt nur Vater und Sohn Zwiebel abgeschoben werden. Die Mutter Karls, Frau Mathilde Zwiebel, wurde im Januar 1942 zusammen mit anderen Juden aus Gelsenkirchen und dem Kreis Recklinghausen nach Riga deportiert. Von der Ausweisungsaktion betroffen waren insbesondere die männlichen Erwachsenen. Das gleiche gilt auch für das Ehepaar Kohn in Herten. Hermann Kohn wurde ausgewiesen, während auch die Ehefrau Hermann Kohns zunächst blieb. Im Kreis Recklinghausen hielt man sich an diese Vorgabe allerdings auch nicht stringent, denn es wurden auch Frauen und Kinder mit abgeschoben.

Eine Besonderheit gab es noch in Recklinghausen. Von dort wurden bei dieser Ausweisungsaktion 22 Personen abgeschoben. Der Rabbiner der Gemeinde, Dr. Auerbach, hatte schon Stunden vor der Ausweisungsaktion<sup>17</sup> Kenntnis von den Absichten, so daß noch Betroffene gewarnt werden und sich die Männer verstecken konnten.<sup>18</sup> Nachdem die Familienangehörigen jedoch inhaftiert wurden, stellten sie sich freiwillig. Auerbach gelang es, einige in Abschiebehaft Sitzende freizubekommen, die noch am selben Tag nach Belgien auswanderten.<sup>19</sup> Das heißt, daß der betroffene Personenkreis in Recklinghausen noch größer war. Weshalb bei der Abschiebeaktion die Familie Feuerstein<sup>20</sup> noch nicht betroffen war, ist nicht geklärt. Sie wurde mit weiteren 6 Personen erst im Juli 1939 nach Polen abgeschoben.<sup>21</sup>

#### 5. Die Vorgeschichte der Pogromnacht

Die Abschiebungsaktion sollte einen Charakter bekommen, den vermutlich niemand erwartet hatte.



Das Kräftemessen zwischen Polen und Deutschland auf Kosten der jüdischen Menschen produzierte letztlich nur Verlierer.

### 5.1 Menschen im „Niemandland“

15.000 bis 18.000 jüdische Menschen<sup>22</sup> aus ganz Deutschland mit polnischer Staatsangehörigkeit wurden mit den Sonderzügen an die Staatsgrenze zu Polen geschafft. Die Grenzorte an denen die Juden nach Polen zurückkehren sollten, waren Chojnice/Konitz, Zbaszyn/Bentschen und Drawski Mlyn.<sup>23</sup> In einem Bericht des Polizeipräsidenten von Leipzig an den Innenminister wird erwähnt, daß es einen Todesfall (Frau), Ohnmachtsanfälle und Nervenzusammenbrüche gab, es ansonsten aber „ohne besondere Zwischenfälle“ gelang, die Abschiebung zu organisieren.<sup>24</sup>

Auch die Westerholter, bzw. Hertener Abgeschobenen wurden über die Hauptstrecke Berlin-Posen in den Grenzort Zbaszyn gebracht, die letzten 7 Kilometer bis Zbaszyn mußten sie zu Fuß zurücklegen.

Was sich diesen Tag an der deutsch-polnischen Grenze abspielte, ist in vielen Dokumentationen nachzulesen. SS-Leute treiben die Juden mit

**Bilder, die um die Welt gingen** - Juden aus Deutschland, die nach Polen abgeschoben wurden in Zbaszyn am 28./29. Oktober 1938. Der unbekannte Fotograf sandte Fotos aus dieser Serie an die Pariser Redaktion der New York Times und an die Zeitung Jewish Daily Forward.

Peitschen über die Grenze,<sup>25</sup> es fließt Blut,<sup>26</sup> Abgeschobene werden in den Grenzfluß getrieben und irren auf polnischem Gebiet umher<sup>27</sup>, polnische Grenzsoldaten schießen in die Luft, errichten Stacheldrahtverhaue und in Unterlagen des Auswärtigen Amtes ist gar die Rede davon, daß gedroht wurde, auf die im Niemandland kampierenden das Feuer zu eröffnen.<sup>28</sup>

In der Nacht vom 28. auf den



29. Oktober saßen Tausende von Juden aus Deutschland praktisch im Niemandland zwischen Deutschland und Polen im Freien - hungernd und frierend. Ausländische Journalisten berichteten in die ganze Welt. Am 29. Oktober ließ Polen den größten Teil der Ausgewiesenen ins Land und Deutschland ließ zu, daß ein Teil der Juden in ihre Heimorte zurückkehren konnten.

Der Verbleib in Polen bedeutete zunächst eine Internierung in den Grenzorten. In Zbaszyn wurden die Menschen in ehemaligen Militärbaracken und ehemaligen Pferdeställen untergebracht. Es fehlte an allen Möglichkeiten der Versorgung dieser Menschen, die hygienischen Bedingungen werden als katastrophal beschrieben.<sup>29</sup>

Unter katastrophalsten Bedingungen wurden die Vertriebenen in ausgedienten Militärbaracken und ehemaligen Pferdeställen untergebracht.

Als einziger Rabbiner Westdeutschlands erhielt der Bezirksrabbiner von Recklinghausen, Dr. Auerbach, die Erlaubnis, das Internierungslager in Zbaszyn zu besuchen.<sup>30</sup>

Unter den Abgeschobenen befand sich auch Sendel Grynszpan (polnische Schreibweise), auch

Zindel Schmuël Grynszpan (jiddisch) und in deutsch Sigmund Grünszpan mit seiner Familie. Sie kamen aus Hannover. Die 22jährige Tochter Berta (Beile) berichtete auf einer Postkarte von den Ereignissen ihrem jüngeren Bruder Hermann nach Paris. Sie schrieb unter anderem:

*„Du hast gewiß von unserem großen Unglück gehört. ... Man hat jedem von uns einen Ausweisungsbefehl in die Hand gesteckt. Man sollte Deutschland vor dem 29. verlassen. Man hat uns nicht erlaubt, wieder nach Hause zu gehen. Ich habe gebettelt, daß man mich nach Hause gehen ließe, um wenigstens einige Sachen zu holen. Ich bin dann in Begleitung eines Schupos fortgegangen und habe die notwendigsten Kleidungsstücke in einen Koffer gepackt. Das ist alles, was ich gerettet habe. Wir haben keinen Pfennig.“<sup>31</sup>*

Hermann Grünszpan war in der Tat darüber unterrichtet, was sich am 28. Oktober 1938 an der deutsch-polnischen Grenze abspielte. Die Postkarte seiner Schwester erhielt er am 3. November. Insbesondere die Berichterstattung und Schilderung in der jiddischen Pariser Zeitung „Hajnt“ vom 4. November trieb ihn zu einer Verzweiflungs-

**D**

**Foto aus:** Trude Maurer: Abschiebung und Attentat - Die Ausweisung der polnischen Juden und der Vorwand für die „Kristallnacht“, S. 53, in: Pehle, Walter H. (Hrsg.), Der Judenpogrom 1938 - Von der „Reichskristallnacht“ zum Völkermord, Frankfurt a.M. 1988



tat.<sup>32</sup>

#### 4.1 Das Attentat in Paris

Hermann Grünszpan faßte angesichts der Nachrichten und des Schrei-bens seiner Schwester einen verhängnisvollen Entschluß. Er wollte, so bekannte er in dem ersten Verhör nach seiner Tat, den deutschen Botschafter in Paris, Graf Welczek, töten. Am 7. November kaufte sich der 17jährige einen Revolver für 245 Francs und drang in die deutsche Botschaft ein.

Da er den Botschafter nicht kannte, fragte er eine ihm entgegenkom-mende Person, wo er ein Dokument vorlegen könne. Ohne es zu wissen sprach Grünszpan den Botschafter an, der ihn jedoch an das Sekretariat verwies. Schließlich führte man ihn zum Dritten Sekretär, dem Militär-attaché Ernst vom Rath mit der Amtsbezeichnung Legationssekretär. Grünszpan soll gesagt haben: „Sie sind ein schmutziger Deutscher (sale boche), und nun übergebe ich Ihnen im Namen von zwölf-tausend schickanierten Juden das Dokument.“<sup>33</sup> Daraufhin schoß er fünfmal auf den ca. 2 Meter von ihm entfernt sitzenden vom Rath. Nur 2 Schüsse trafen. Sie verletzten den Diplomaten jedoch so schwer, daß Lebensge-fahr bestand.

Hitler schickte sofort Professor Magnus, den Leiter der chirurgischen Uni-versitätsklinik von München, und Dr. Brandt, Hitlers Begleitarzt, nach Pa-ris. Durch sie wurde die NS-Führung in Berlin bezüglich des Gesundheitszustandes von vom Rath auf dem Laufenden gehalten. Adolf Hitler hatte demnach Informationen aus erster Hand und wußte was er tat, als er den Legationssekretär noch auf dem Sterbebett zum Gesandtschaftsrat Erster Klasse beförderte. Es war die Legitimation für ein Staatsbegräbnis, ein-schließlich Halbmastbeflaggung im ganzen Reich. Die Aufwertung des vom Attentat Betroffenen, konnte propa-gandistisch ganz anders „ausge-

schlachtet“ werden.

**Die Recklinghäuser Ausgabe** der Nationalzeitung vom 8. November 1938 berichtet vom Attentat auf den deutschen Diplomaten in Paris.

Am Nachmittag des 9. November gegen 16.30 Uhr französischer Zeit starb Ernst vom Rath an seinen schweren Schußverletzungen. Da es da-mals noch keine Mitteleuropäische Zeit gab, war es in Deutschland eine Stunde später, also 17.30 Uhr.

#### 4.2 Das „organisierte Chaos“

Die Nachricht über den Tod vom Raths erreichte einen Teil der Nazi-Führungsspitze bei den jährlichen Feierlichkeiten zum 1923 mißglückten Marsch Hitlers auf die Feldherrenhalle in München. Während des gemein-samen Abendessens im Münchner Rathauses im alten Rathaussaal erscheint gegen 21 Uhr ein Bote, der Hitler zuflüstert, daß vom Rath sei-nen Verletzungen erlegen sei. „Hitler beugte sich zu dem neben ihm sit-zenden Dr. Goebbels und redete eine Weile leise auf ihn ein. Dann ver-läßt er die Tafelrunde, ohne seine übliche Ansprache gehalten zu ha-ben.“<sup>34</sup>

Aber Joseph Goebbels läßt es sich nicht nehmen, aus der Mitteilung über den Tod von vom Rath, eine antisemitische Hetzrede zu machen. Bereits stattgefundene „Vergeltungsmaßnahmen des Volkes“ wurden nicht nur hervorgehoben, sondern er teilte mit, daß Hitler angeordnet habe, s o l c h e n „S p o n t a n - a k t i o n e n“ nicht entgegenzutreten.

Ab 22.30 Uhr gingen von München aus

Anweisungen an Partei- und SA-Dienststellen. Die Staatspolizei bekam die Anweisung, sich angesichts der zu erwartenden Ausschreitungen „herauszuhalten.“<sup>35</sup> Ihre Aufgabe sei es lediglich zu verhindern, daß nichtjüdische Geschäfte zerstört wurden und Plünderungen sollten verhindert werden. Außerdem sei „Archivma-terial“ sicherzustellen und die Festnahme von 20.000 bis 30.000 vermö-genden Juden vorzubereiten.<sup>36</sup>

Bei den Nürnberger Prozessen wurde Hermann Göring, der an dem Abendessen nicht teilgenommen hatte und zu dieser Zeit bereits auf dem Weg nach Berlin war, zu den Ereignissen in jener Nacht befragt.

„Wie ich später erfahren habe, hat bei diesem Essen, nachdem der Füh- rer es verlassen hat, Goebbels bekanntgegeben, daß der schwerverwun-dete Gesandtschaftsrat den Verwundungen erlegen sei. Es gab eine ge-wisse Erregung, und daraufhin hat Goebbels scheinbar dann Worte über Vergeltung gesprochen und in seiner Art - er war vielleicht der allerschärf-ste Vertreter des Antisemitismus - sicherlich hier die Auslösung zu den Ereignissen gegeben. Ich selbst erfuhr von den Dingen tatsächlich erst bei meiner Ankunft in Berlin...“<sup>37</sup>

Görings Haltung zu den Ereignissen der Nacht vom 9./10. November ist eindeutig mißbilligend. Ebenso wie die Haltung von Reichswirtschafts-mi-nister Funk.



Foto aus: Pehle, Walter H. (Hrsg.), *Der Judenpogrom 1938 - Von der „Reichskristallnacht“ zum Völkermord*, Frankfurt a.M. 1988, S. 67



Deren Empörung über die Ereignisse setzt allerdings nicht an der menschlichen Seite der organisierten Ausschreitungen an.

Göring erfährt in einer Sitzung im Berliner Reichsluftfahrtministerium, am 12. November, von Heydrich, daß in dieser Nacht 101 Synagogen durch Brand zerstört, 76 Synagogen demoliert und 75.000 jüdische Geschäfte zerstört wurden. Heydrich berichtete weiter:

*„Sachschaden, Inventar- und Warenschaden schätzen wir auf mehrere hundert Millionen.“ Göring: „Mir wäre es lieber gewesen, ihr hättet zweihundert Juden erschlagen und hättet nicht solche Werte vernichtet.“ Heydrich: „Fünfunddreißig Tote sind es.“<sup>38</sup>*

Im Nürnberger Prozeß zu den zitierten Äußerungen befragt, äußerte sich Göring dann, daß es eine „Äußerung des Unmuts und der momentanen Erregung“ ge-

wesen sei. „Es war nicht ernstlich gemeint, das war ein Ausfluß einer momentanen Erregung über die ganzen Vorgänge, über die zerstörten Werte.“<sup>39</sup> Auch wenn Göring meinte, daß er nun widersprochen hätte, tatsächlich hat er unterstrichen, was er damals ebenfalls meinte. Die materiellen Werte waren ihm wichtiger als Menschen.

### 6. Das Pogrom in Herten

Als relativ gut dokumentiert erscheinen auch die Vorgänge in der Pogromnacht, in der die Vorgänge bei der Familie Mendlicki in Herten eine zentrale Stelle einnehmen.

Die Hertener SA-Horden suchten in der Nacht vom 9. auf den 10. November einmal das Schuhgeschäft Kohn, Ewaldstr. 19<sup>40</sup> auf und vermutlich auch das Geschäft Fischer in der Hermannstr. 3.<sup>41</sup>

Lange war in Herten unklar,

welche jüdischen Geschäfte in Herten überhaupt noch existierten, die von der SA in dieser Nacht hätten heim-gesucht werden konnten. Eine Aufstellung anhand der Gewerbekartei zeigt auf, daß es in Herten „bestenfalls“ 2 Geschäfte gab, deren Schaufenster in Trümmer gehen konnten, weil sie (ehemals) jüdische Besitzer hatten. Die Einschränkung „bestenfalls“ bezieht sich insbesondere auf das Geschäft von Franziska Fischer in der Hermannstr. 3.

Franziska Fischer, die Inhaberin eines Geschäftes in Herten, das Heilbestrahlungen durchführte und medizinische Apparate verkaufte, war selbst katholischen Glaubens. Sie war allerdings mit einem Juden, Viktor Fischer verheiratet. Viktor Fischer war Ende der 20er Jahre, bzw. Anfang der 30er Jahre noch der Geschäftsinhaber eines Filialgeschäftes für Herrenartikel im Haus Ewald-



**F**

Täter und Opfer

**Links:** Hermann (Herschel) Grünszpan.

**Rechts:** Ernst vom Rath



straße 17. Dieses Geschäft wurde am 8.10. 1932 amtlich abgemeldet. Bereits am 1.8.1931 übernahm seine Frau das Geschäft und zusätzlich das am 24.6.1930 neu angemeldete Gewerbe „Elektrozonbestrahlungsinstitut und Vertrieb von Heilapparaten“. Dieses Geschäft wurde am 1.8.1931 in die Hermannstraße verlagert.<sup>42</sup>

In den Unterlagen des Stadtarchivs gibt es in den Akten 3146 (Ausschaltung der Juden) und „Verzeichnis der jüdischen Gewerbebetriebe in Herten“ von 1938 bis 1939 keinerlei Hinweise darauf, daß das Geschäft Fischer als „jüdisches“ Geschäft eingestuft wurde. Das muß nicht unbedingt heißen, daß dieses Geschäft unbehelligt blieb.<sup>43</sup> Einmal ist es möglich, daß Unterlagen später entfernt wurden - die Durchnummerierung erfolgte erst später - oder daß nur „offiziell“ das Geschäft nicht als jüdisch galt. Insbesondere sog. Mischehen genossen eine gewisse Privilegierung. Einen Hinweis, daß auch in der Hermannstraße etwas „passiert“ sein könnte, liefert der Schließungstermin des Geschäftes. Das Geschäft wurde am 14. November 1938 - also 4 Tage nach der Pogromnacht geschlossen. Grund zu dieser Vermutung gibt aber auch ein Anrufer, der mich nach der Tageszeitungsaktion Ende April / Anfang Mai 1998 ansprach. Sein Vater, der bei der Polizei war, berichtete davon, daß in Herten *kein* Geschäft verschont und die Schaufenster zerschlagen **Zwei jüdische Geschäfte nebeneinander in der Ewaldstraße:** In der Ewaldstr. 17 war bis 1931 das Ladenlokal des Geschäftes Viktor Fischer. Direkt daneben,

Ewaldstr. 19, war bis 1933 das Schuhgeschäft Silbermann, dann Kohn. Heute befindet sich das Schuhgeschäft Kampmann in den Räumen Ewaldstr. 19 wurden.<sup>44</sup> „Kein“ Geschäft heißt in unserem Zusammenhang, daß mindestens zwei Geschäfte da sind.

Das 2. Geschäft war das Schuhgeschäft Kohn in der Ewaldstraße 19. Am Anfang wurde bereits berichtet, daß Hermann Kohn ebenfalls nach Polen abgeschoben wurde.

Das Geschäft in der Ewaldstraße war bereits seit dem 28. Oktober geschlossen. Trotzdem machte sich die Hertener SA auf den Weg, um die Schaufenster des Geschäftes zu zerschlagen und die Auslage auszuräumen. Eine Zeitzeugin beschreibt, daß die Schuhe auf dem Bürgersteig und im Rinnstein lagen.<sup>45</sup> Personen konnten hier nicht weiter zu Schaden kommen, weil die Eigentümerin Sali Kohn nicht in Herten wohnte, sondern in Dortmund.

Eine Zeitzeugin berichtet, daß ihr Vater, der für den Reservesturm der SA verantwortlich war, in der Nacht des 9. Novembers den Befehl erhalten hatte, mit seiner Sturmabteilung auszurücken. Sie seien an ein bestimmtes Haus gekommen, wo bereits der aktive SA-Sturm beträchtlichen Schaden angerichtet hatte. Er habe daraufhin seine Leute nach Hause geschickt.<sup>46</sup> Ohne Zweifel befand sich der Reservesturm vor dem Haus der Familie Mendlicki, die nachts gegen 1.00 Uhr den zweifelhaften „Besuch“ der SA bekam. In dieser Nacht brachte es die SA fertig, „aus den gewiß kostbaren Möbeln, Porzellan, Bildern usw. ein wüstes Durcheinander zu machen.“<sup>47</sup> „Alles war restlos zer-

stört, selbst meine sämtlichen Kleidungsstücke mit Rasiermessern vernichtet.“<sup>48</sup> Offenbar wurden auch die Bezüge von Sesseln und das Inlett der Betten durch Messerstiche beschädigt.<sup>49</sup> Anderen Beobachtungen zufolge, soll auch das Klavier der Familie Mendlicki auf die Straße geworfen worden sein.<sup>50</sup> Eine weitere Zeugin berichtete, daß Frau Mendlicki noch in dieser (kalten) Nacht nur im Nachthemd bekleidet und in Pantoffeln mit einem diskriminierenden Schild um den Hals durch die Ewaldstraße getrieben wurde.<sup>51</sup>

Verschont blieb die schwerkranke, bettlägerige Lina Cohn, wo die SA aber auch bei Zerstörungen nur die Vermieterin, die Witwe Schilling „getroffen“ hätte.<sup>52</sup> Anscheinend wurde in dieser Nacht auch das Ehepaar Abraham nicht behelligt. Die Gründe sind derzeit (noch) nicht bekannt.<sup>53</sup> Gleichwohl existiert eine Aussage, der zufolge Ferdinand Abraham *nach* der Pogromnacht mit einem Schild mit der Aufschrift: „Ich bin der Jude Abraham, betrüge alle Leute“, ebenfalls durch die Ewaldstraße geschleift worden sein soll.<sup>54</sup>

Auffallend bei den Ereignissen in Herten ist sicherlich eines: SA und SA-Reservesturm waren ganz schnell am Ort der Taten. Manfred Mendlickis Aussage, daß der Besuch um 1 Uhr nachts erfolgte, ist eine relativ präzise Zeitangabe. Im Dokumententeil sind zwei „Befehle“ wiedergegeben. Eine Nachricht ging am 9.11.1938 fünf vor zwölf als Fernschreiben an die Staatspolizei heraus. Es war das Schreiben mit den relativ unpräzisen Anweisungen an die Polizeistellen. Erst die nächste Nachricht, die in Herten ein-



ging, enthielt zum Beispiel die Aufforderung keine ausländischen Geschäfte heimzusuchen. Die Nachricht ging um 1 Uhr 20 per Fernschreiben heraus. Als diese Präzisierung in Hertens ankam, da war das Geschäft Kohn bereits „besucht“. Die Aufforderung Aktionen gegen Juden durchzuführen, wurden offenbar in Hertens *sofort* in die Tat umgesetzt. Der Reservesturm kam bereits zu spät, er wurde wieder nach Hause geschickt. Das heißt auch, daß der Auftrag in Hertens mit dem „Besuch“ bei Mendlicki „abgearbeitet“ war. Was in Hertens geschah, mußte demnach alles vor 1 Uhr nachts bereits erledigt gewesen sein.

Nach dieser Nacht wurden viele Konsequenzen gezogen. Als besonders dringlich sahen das die jüdischen Mitbürger an. Die inszenierte „Gewalt-orgie“, die in dieser Nacht über das Reich fegte, verstanden viele jüdischen Bürger als „letzte“ Warnung. Die Kraft konnten aber längst nicht mehr alle aufbringen. Die wenigen Möglichkeiten, die noch offenstanden, konnten auch längst nicht mehr alle wahrnehmen. Die systematische Ausplünderung der Juden ließen nur wenige Möglichkeiten offen, zumeist auch nur noch für die jüngeren Menschen.<sup>55</sup>

Nach den Ereignissen bemühten sich z.B. die Kinder der Familie Mendlicki ins Ausland zu kommen. Ruth Mendlicki, die zu dieser Zeit in Krefeld lebte, emigrierte am 5.3.1939 nach Chicago, Emma Mendlicki meldete sich bereits am 16.2.1939 nach London ab und Manfred Mendlicki flüchtete als letztes, jüngeres Familienmitglied am 1. August 1939 nach Brüssel/Belgien.<sup>56</sup> Ruth

Mendlicki starb 30jährig noch im Jahr 1939 in Chicago. Die offizielle Emigration war zu dieser Zeit schon erheblich erschwert, weil die Ausweispapiere bereits seit dem 1. Januar 1939 mit einem großen „J“-Stempel und der Namenseinfügung „Israel“ für Männer und „Sara“ für Frauen versehen sein mußte.<sup>57</sup> Vielfach blieb dann nur noch die Flucht über „grüne Grenzen“ in an Deutschland angrenzende Länder. Die Überlebenschancen wurden damit z.T. erheblich gemindert.<sup>58</sup>

Am 13. März 1939 hält es auch Viktor Fischer für besser, nach Schweden zu emigrieren. Eine Entscheidung, die sicherlich von den Vorgängen in der Pogromnacht beeinflusst war. In welcher Weise die Familie Fischer eigene Erfahrungen in dieser Nacht machen mußte, das wäre noch zu recherchieren.

Inwieweit außer den angesprochenen jüdischen Beteiligten noch andere Hertener Einwohner in der Pogromnacht zu leiden hatten, bedarf ebenfalls noch genauer Recherche. Laut Bundesarchiv gab es im Jahr 1939 noch einige Hertener, die nach dem Reichsbürgergesetz von 1935 als „Halb- oder Vierteljuden“ definiert waren.<sup>59</sup> Von Schwester Johanna aus Dorsten weiß ich, daß auch sie verfolgt wurden.<sup>60</sup>

Auch wenn die Vorkommnisse in Hertens, schon aufgrund der fehlenden jüdischen Einwohner, nicht die Dimensionen annahmen, die in anderen Städten erreicht wurden, so gab es offenbar auch Kritik an der Aktion. Verschiedene Äußerungen sind in Hertens dazu bekannt. Einschränkung muß aber angemerkt werden, daß die Kritik in der Regel erst nach 1945 erwähnt wurde,

z.B. in Entnazifizierungsverfahren. Schon dadurch sind solche Äußerungen mit besonderer Vorsicht zu behandeln. Die Absicht, sich durch solche Äußerungen in eine bessere Ausgangslage für die Entnazifizierung zu bringen, liegt auf der Hand. Trotzdem soll festgehalten werden, daß es offenbar solche Kritik gab.

### 7. Die Konsequenzen aus der Pogromnacht

Kritische Stimmen in der Bevölkerung, über die Vorgänge der Nacht vom 9. auf den 10. November, gab es im ganzen Reich. Dies war der Anlaß für die Nazis zukünftig vorsichtiger zu agieren. Nicht eine Abkehr von den Diskriminierungen, sondern operieren im Verborgenen, das war nun die Devise. Die Deportationen in den Tod wurden später propandistisch als „Umsiedlungsaktionen“ getarnt. Eine Sofortmaßnahme nach der Pogromnacht, um die Kritik nicht noch anwachsen zu lassen, waren die Anweisungen des Propagandaministeriums an die Presse, wie sie mit dem Thema umgehen sollten.

#### Die Fortsetzung folgt in der nächsten Antifaz

Anmerkung d. Redaktion: Wir bedanken uns erstmal für den eingesandten Artikel und die Mühe die damit gemacht wurde. Leider würden aber die Anmerkungen für die Fußnoten schon eine >>Broschüre<< füllen, so daß wir sie nicht abgedruckt haben. Wer dennoch Interesse hat, sich dazu näher zu informieren, kann die Fußnoten bei der im Impressum angegebenen Adresse anfordern.



# DEMONSTRATION FÜR FLÜCHTLINGSRECHTE IN RECKLINGHAUSEN

**„Keine Abschiebung in Bürgerkriege und Folterstaaten!“**

Unter diesem Motto demonstrierten am 31. Oktober etwa 80 ausländische und 20 deutsche Menschen gegen drohende Abschiebungen.

Flüchtlinge und Asylsuchende aus **Kurdistan, Kosova, Zaire und Guinea** hatten sich zum erstenmal zu einer gemeinsamen Demonstration zusammengefunden. Sie forderten: „Die Fluchtursachen, nicht die Flüchtlinge bekämpfen!“ und „Keine deutschen Waffen in Kriegsgebiete und Diktaturen!“ Die Demonstration wurde unterstützt von **amnesty international, Flüchtlingsrat, Forum Erfurter Erklärung und Internationalem Freundschaftsverein (IFV)**.

„Flüchtlingsrechte sind Menschenrechte!“ stellte **Dorothea Lüke** von amnesty international klar: Sie begrüße zwar die angekündigte Verbesserung des

kratischen Republik Kongo (Zaire) oder Guinea **nicht** als lebensgefährlich für diejenigen ansehe, die aus politischer Opposition gegen untragbare Zustände aus ihren Heimatländern geflohen seien.

**Hüseyin Senpinar** vom IFV und **Zufer Lekiqi** sprachen als Vertreter der kurdischen bzw. kosovarischen Flüchtlinge, für die Teilnehmenden aus Guinea und Zaire sprach ein weiterer Vertreter.

Die Ansprachen wurden auf deutsch, türkisch und französisch gehalten, was ein wenig zum Abbau vorhandener Fremdheit zwischen den verschiedenen Nationalitäten beigetragen haben dürfte.

„Berührungssängste“ gab es dennoch, zumindest in Recklinghausen ist es noch nicht selbstverständlich, dass die von Abschiebung Bedrohten ihren Kampf als gemeinsame politische Aktion begreifen.

Das Bemühen der beteiligten Organisationen, das gegenseitige Kennen- und Verstehenlernen zu fördern, ist daher wichtig.

Sicher war die Zeit zur Vorbereitung der Demonstration zu kurz, um eine breite Diskussion in der demokratischen Öffentlichkeit und unter den Linken in Recklinghausen zu führen, dennoch macht es betroffen, daß sich gerade mal eine Handvoll Deutscher beteiligten.

Für die Recklinghäuser **Grünen** scheint das Thema Menschen- und Flüchtlingsrechte tabu zu sein, wenn - in welcher Form auch immer - die, deren Rechte hier einzufordern sind, selbst auf die Straße gehen. Aus dem **DKP- und PDS-Spektrum** ließen sich einige wenige sehen, dazu kamen die Aktivisten des **Antifaschistischen Bundes (AFB)**, die immerhin einige Rahmenbedingungen zur Durchführung der Demonstration (Büchertisch, Lautsprecheranlage, Transparente) mitgestalteten, wenn auch die Kraft für einen eigenen Beitrag diesmal nicht reichte.

Viel Anklang fanden die kämpferisch vorgetragenen Lieder von **Grup Simko**, allerdings ist der Internationalismus dieser Musikgruppe zur Zeit noch in erster Linie kurdisch/türkisch geprägt, aber an einer



Staatsbürgerschaftsrechts durch die neue Bundesregierung, diese stelle für die Lage der unmittelbar von Abschiebung Bedrohten jedoch keine Perspektive dar. Es dürfe nicht länger hingenommen werden, daß der deutsche Staat die Lage in Kurdistan, Kosova, Sri Lanka oder Myanmar (Burma), in der Demo-







Ausweitung läßt sich ja arbeiten.

**Fazit:** Die Demonstration war vielleicht ein Anfang; zu hoffen bleibt, daß die Organisationen, die sie unterstützt haben, Mittel und Wege finden, auch in Zukunft zusammenzuarbeiten, damit nicht nur Großunternehmen und Mittelstand eine Lobby in Düsseldorf und Bonn/Berlin haben, sondern auch ausländische Menschen, Asylsuchende und Flüchtlinge ihren Rechtsansprüchen mehr Nachdruck verleihen können. Wie wichtig dies ist, zeigt die **Tatsache, dass nur wenige Tage nach dieser Demonstration ein paar Kilometer weiter, in Oer-Erkenschwick, ein kurdischer Flüchtling, der daran teilgenommen hatte, frühmorgens von der Polizei aus der Unterkunft in der Lindenstraße abgeholt und umgehend abgeschoben werden konnte.** Seine Frau und seine Kinder blieben allein zurück. Die Zusammenarbeit zwischen den Menschen, die im Kreis Recklinghausen dieser Abschiebep Praxis etwas entgegenzusetzen wollen, muss dringend verbessert werden. Für Kontakte steht der

**Internationale Freundschaftsverein (Bert-Brecht-Zentrum, Herner Str. 43, 45647 Recklinghausen) zur Verfügung.**

### AUS DEN

## WORTBEITRÄGEN AUF DER KUNDGEBUNG:

**Hüseyin Sempinar:**

*„Seit 12 Jahren lebe ich in Deutschland und bin zur Zeit mit meiner Abschiebung konfrontiert. Ich bin in Narli (Kreis Pazarzik) geboren. In der westlichen Literatur wird das Gebiet meiner Abstammung als Anti-Taurus oder als Inneres Taurus-Gebirge bezeichnet.*

*Das Gebiet meiner Abstam-*

*mung ist im Hinblick auf kulturelle, ethnische und religiöse Widersprüche sehr sensibel. Die alevitisch-kurdische Gemeinschaft, zu der auch ich gehöre, steht im Widerspruch zur Herkunft und Religion der Mehrheitsbevölkerung. Auf der Grundlage dieser Widersprüche fand 1978 in Maras ein Massaker an der Gemeinschaft, der ich angehöre, statt. Schon vor diesem Massaker hatte es Auseinandersetzungen sowohl im Landkreis Pazarzik, zu dem unser Dorf gehört, als auch in Elbistan gegeben.*

*Der Vorfall in Maras ist eindeutig als Massaker zu bezeichnen, denn hierbei wurden über hundert Menschen gezielt umgebracht und mehrere hundert verletzt. Ähnliche Vorfälle gab es auch in benachbarten Städten mit vergleichbarer Bevölkerungsstruktur: Sivas und Malatya. In Sivas wurden 1993 über 30 Intellektuelle unter der Re-*





gie des Staates durch fanatisierte türkisch-islamistische Kräfte ermordet, indem sie verbrannt wurden. Das Ereignis ist im Gedächtnis der Weltöffentlichkeit präsent geblieben.

Die Gemeinde Narli, in der Aleviten und Kurden die Mehrheit der Bevölkerung bildeten, befindet sich in ständiger Unterdrückung, so dass die Menschen aus diesem Ort gezwungen waren, in größere Städte oder nach Europa zu fliehen. Tausende Menschen, die in dem Gebiet geblieben waren, haben in dem immer noch andauernden Krieg in der Türkei ihr Leben verloren.

Die Unterdrückung der Menschen dieses Gebietes wird vom türkischen Staat bis heute in aller Brutalität fortgesetzt.

Über seine persönlichen Erfahrungen berichtet Hüseyin Sempinar in einem Interview, das unsere Zeitschrift mit ihm und seiner ganzen Familie geführt hat (wiedergegeben in dieser Nummer).

### Zufer Lekiqi:

„Ich lebe seit 1970 in der BRD und bin seit zehn Jahren für mein Volk in Kosova im humanitären Bereich tätig.“

Kosova ist mehrfach von fremden Mächten anektiert worden, so in den Jahren 1912, 1928 und 1945. 1989 entriss Serbien den Kosova-Albanern mit Gewalt die Autonomie; das geschah gegen den Willen der dortigen Staatsbürger und stellte eine eindeutige Verletzung der Menschenrechte dar. Als nun Serbien die Staatsmacht bildete, entließ diese 97% der albanischen Bevölkerung aus dem öffentlichen Dienst, darunter Polizisten, Ärzte und Beamte. Schulgebäude und Universitäten, die von albanischen Schülern und Studenten besucht wurden, wurden geschlossen.

Seitdem haben **Milosevic** und seine Regierung nur eines im Kopf: die Kosova-Albaner aus ihrem Land zu vertreiben, um dort Menschen aus Serbien anzusiedeln.

Meinem Volk blieb nichts anderes übrig, als einen 'Parallelstaat' zu gründen; das geschah am 6. Juni 1990. So wurde wieder Schulbildung in der Muttersprache möglich, aber nicht in Schulgebäuden, sondern in Privatgebäuden und Kellern, die von der Bevölkerung zur Verfügung gestellt wurden.

Das Regime Milosevic begann mit der Folterung und Vertreibung des albanischen Volkes, so daß viele fliehen mussten. Etwa 500.000 Menschen sind seitdem auf der Flucht, die meisten flohen ins übrige Europa.

Viele haben die schrecklichen Bilder der von serbischer Sonderpolizei zerstörten Dörfer vor Augen, der ermordeten Menschen, unter ihnen Kinder, Frauen, Alte und sogar Säuglinge. Die Polizei überfällt Tag und Nacht Dörfer, ermordet Menschen und brennt ganze Landschaften ab.

Die serbische Nation handelt nationalistisch und unterdrückt das albanische Volk. Aber wo Unterdrückung ist, regt sich auch der Widerstand. Das gilt auch für Kosova. Die Geduld der Unterdrückten ist erschöpft.

Es herrscht Krieg in Kosova. Der Konflikt in Kosova oder Kosovo polje (Amselfeld), wie die Serben es nennen, ist genau so alt wie die Unterdrückung dort. Aber Kosova will nicht mehr und nicht weniger als die anderen Völker des Balkan: Slovenen, Kroaten, Makedonen, Bosnier.

Es ist unmöglich, zusammenzuleben mit einer unterdrückenden Nation, die unsere ungeborenen Kinder, unsere Frauen und Väter ermordet, unser Hab und Gut zerstört. In Kosova sind zur Zeit über 400.000 Aöbaner auf der Flucht, 50.000 von ihnen leben in den Wäldern.

Sie wollen zurück in ihre Häuser, haben aber Angst zurückzukehren, solange sich dort die Polizei noch aufhält. Viele von ihnen fliehen daher weiter nach Europa und die Mehrzahl von diesen **nach Deutschland und in die Schweiz**.

Die Schweizer Presse beschwert sich über überfüllte Empfangshallen. Die meisten der Flüchtlinge haben Angehörige in sogenannten Gastarbeiterfamilien in Deutschland und der Schweiz; das ist der Grund für die Wahl dieser Länder als Zufluchtsländer.

Das Flüchtlingsdrama im eigentlichen Sinne aber spielt sich in den Wäldern und nicht vor den Türen





*der Empfangshallen ab.*

*In diesen schweren Tagen sind wir dankbar für die Unterstützung durch das deutsche und schweizerische Volk.*

*Dieser Dank gilt auch den Behörden, die mit so vielen Flüchtlingen auf einmal konfrontiert sind und für jeden einzelnen einen Platz gefunden haben.*

*Als albanische Gemeinschaft versuchen wir den Behörden so wenig wie möglich zur Last zu fallen und unsere Landsleute zu unterstützen, so gut wir dazu in der Lage sind.*

*Wir hoffen, dass wir unsere Rechte so schnell wie möglich erkämpfen, damit wir in unsere Heimat zurückkehren können. Wir hoffen und freuen uns auf den Tag, an dem wir als erste diejenigen aus Deutschland als unsere Gäste und Besucher empfangen können, die uns solidarisch zur Seite stehen, um ihnen unsere Dankbarkeit ausdrücken zu können.*

*Die Unterstützung der Flüchtlinge aus Kosova durch die deutsche Bevölkerung und durch die deutschen Behörden ist für uns keine Schande, sondern eine Ehre; das würde auch jedes andere Volk so empfinden.“*

**AntifaZ:** Könnt Ihr zu Beginn einmal berichten, welche Unterstützung Eure Familie bisher in Recklinghausen erfahren hat ?

**Elif:** Als meine Mitschüler in der 9. Klasse von unserer bevorstehenden Abschiebung erfuhren, weinten einige, viele meinten sofort, dagegen müsse was gemacht werden. Meine Klassenlehrerin ging zum Schulleiter, um zu beraten, was die Schule zu unserer Unterstützung tun könne. Der Schulleiter erklärte, dass die Schule aus rechtlichen Gründen nichts

## EIN BEISPIEL UNTER VIELEN: DIE FAMILIE SENPINAR

**Seit 12 Jahren in Deutschland - von Abschiebung bedroht. Eine der Familien, die auf der Demonstration der von Abschiebung bedrohten Menschen aus dem Kosovo, Kurdistan, der Türkei und Zaire in Recklinghausen am 31.10. dabei waren, sind die Senpinars.**

**Wir haben im Vorfeld ein langes Gespräch mit den Mitgliedern dieser kurdischen Familie geführt. Ihr „Fall“ ging vor Wochen durch die örtliche Presse, weil eine Recklinghäuser Schule aus Solidarität mit den beiden Schülerinnen Asiye und Elif eine Demonstration zum Rathaus durchgeführt hatte.**

**Die Senpinars, das sind Hüseyin (40), seine Frau Asey (37) und die Kinder Asiye (17), Elif (15), Veysel (14) und Gülay (9).**

machen könne, wohl aber die SV.

Da ich selber stellvertretende SV-Sprecherin bin, habe ich mich mit dem SV-Sprecher, der auch in meiner Klasse ist, und einigen anderen Schülern getroffen. Wir haben dann einen Text aufgeschrieben und damit eine Unterschriftensammlung gestartet. Wir sind durch die Jahrgänge gegangen und haben in kurzer Zeit 600-800 Unterschriften gesammelt.

Über Fax haben wir auch die SVs anderer Schulen von der Aktion informiert.

Dann haben wir uns mit einigen Lehrern getroffen und beschlossen, eine spontane Schülerdemonstration zum Rathaus zu machen.

Mit einigen Lehrern und über 300 Schülern des 9. und 10. Jahrgangs sind





wir dann durch die Recklinghäuser Innenstadt und anschließend zum Rathaus gezogen. Alle haben geschrien: „Keine Abschiebung der Familie Senpınar!“.

Im Rathaus haben wir dann mit dem Bürgermeister und einem Vertreter des Ausländeramtes ein Gespräch geführt, an dem der Schülersprecher und die Klassensprecher teilnahmen.

Die Vertreter der Stadt haben nur 'drumherum' geredet, wir Schüler waren nach dem Gespräch alle sehr enttäuscht. Unsere Schule bekam danach noch einen Brief des Bürgermeisters, in dem er schrieb, dass er Verständnis für unsere Aktion habe und sich über die weitere Entwicklung informieren wolle“.

Über das Gespräch im Rathaus waren meine Mitschüler auch deshalb enttäuscht, weil ihnen oft das Wort abgeschnitten wurde. Wenn einer sagte, er finde die Abschiebung „gemein“, wurde ihm über den Mund gefahren: „Sei du mal ruhig, du kannst das gar nicht beurteilen“. Man hat richtig gemerkt, dass die Vertreter der Stadt ganz 'baff' waren, dass wir Schüler so ohne Anmeldung einfach ins Rathaus marschiert kamen, damit hatten die überhaupt nicht gerechnet.

Nach der Demo sind meine Schwester und ich dann mit der SV-Lehrerin noch zu den Lokalredaktionen der örtlichen Zeitungen gegangen und haben Artikel abgegeben, die Zeitungen haben ziemlich ausführlich über die Aktion berichtet.

**AntifaZ:** Habt Ihr danach Unterstützung von Recklinghäuser Organisationen oder Initiativen

erhalten?

**Elif:** Nein, eigentlich nicht. Wir haben zwar die Unterschriftenliste über e-mail an andere Schulen geschickt, aber keine Reaktion erhalten.

Wir haben während der Wahlkampfaktionen der Parteien versucht, an allen Ständen Unterschriften zu sammeln, aber nur die Grünen haben alle unterschrieben. Wir haben außerdem durch Kontakte meines Vaters nach Hattingen von den dortigen Grünen Unterstützung erhalten. Frau Lüke von amnesty international hat uns unterstützt, und der Internationale Freundschaftsverein, wo mein Vater auch Mitglied ist, hat einen Info-Stand zu unserer Unterstützung gemacht.

Dabei entstand auch die spontane Idee, mit möglichst vielen ebenfalls von Abschiebung Bedrohten in Recklinghausen eine Demonstration zu machen (siehe auch Bericht in dieser Ausgabe).

**AntifaZ:** Noch einmal zurück zu Eurer spontanen Demonstration. Wie schätzt Du denn die Reaktion der normalen Recklinghäuser Bevölkerung ein?

**Elif:** Überwiegend positiv. Vor allem in den Leserbriefen zur „Frage der Woche“ haben sich alle für uns ausgesprochen. Das war erfreulich und ist wohl darauf zurückzuführen, dass die Zeitungen vorher ausführlich über unsere Lage berichtet hatten, dass wir schon 12 Jahre in Deutschland leben, dass meine Geschwister und ich hier schon lange zur Schule gehen und das unsere Freunde

nicht einsehen, dass wir jetzt einfach abgeschoben werden sollen.

Es gab aber auch negative Reaktionen, während der Demo sagten einige ältere Leute: „Sollen sie doch abgeschoben werden, das ist uns doch egal“, oder „Wir haben andere Sorgen, das interessiert uns nicht“.

**AntifaZ:** In welcher rechtlichen Situation befindet sich Eure Familie zur Zeit:

**Hüseyin:** Mit Hilfe von Dorothea Lüke von amnesty international haben wir eine Petition an den Landtag in Düsseldorf geschickt. Herr Jamal Karsli hat uns zugesichert, unsere Situation genau zu prüfen.

Mein Rechtsanwalt bereitet außerdem einen Asylfolgeantrag vor. Welches Schicksal vor uns liegt, kann ich nicht einschätzen.

**AntifaZ:** Inzwischen ist die Unterstützung für Euch ja breiter geworden, die geplante Demonstration am 31.10. wird wohl von mehreren anderen Initiativen mitgetragen. Die eigentlichen Ursachen für Eure Flucht sind dabei aber etwas in den Hintergrund getreten, deshalb solltet Ihr darüber an dieser Stelle einmal etwas ausführlicher berichten.

**Hüseyin:** Das fing im Jahre 1976 an. Damals habe ich am eigenen Leib erfahren, wozu die türkische Republik in der Lage ist. In meiner Heimatstadt Pazarlık kam es zu folgendem Vorfall:

Soldaten und Polizei sind in die Stadtteile, die mehrheitlich von KurdInnen bewohnt werden,



einmarschiert. Ich war damals noch zu jung und begriff vieles noch nicht. Ich war mit meinem Vater unterwegs und fragte ihn, warum die Soldaten aufmarschierten. Er warnte mich und sagte, laßt uns schnell verschwinden, es könnte geschossen werden.

Plötzlich begann eine Schießerei, unmittelbar in unserer Nähe wurde ein 8-9-jähriges Kind getroffen. Mein Vater drehte sich um, um dem Kind zu helfen, dabei wurde er selber von

geraten, zog mich einer der Polizisten am Arm und nahm mich mit in das Gebäude. Dort zeigte er mir die Leiche meines Vaters und sagte, so werde es mir auch ergehen, wenn ich das Papier nicht unterschreibe. In der Zwischenzeit haben sie auch meine Mutter gezwungen, das Papier zu unterschreiben. In meiner Angst habe ich auch unterschrieben, konnte aber einen Blick auf das Geschriebene werfen. Dort stand: „Diese Person, Mustafa Senpınar,

der hat diese Berichte sabotiert, das haben die staatlichen Stellen gemerkt, daraufhin wurde Mustafa am 20.3.1980 abends gegen 11.00 Uhr vom Türkischen Staat ermordet.

Nach Beendigung meines Wehrdienstes habe ich sofort versucht, alles über seine Ermordung herauszufinden, ich wollte wissen, wer genau die Mörder waren. Meine Mutter und mein Bruder Bayram waren vor lauter Angst nicht in der Lage, etwas zu sagen, sie wußten aber genau, wer die Täter waren.

**AntifaZ:** Hast Du mit der Zeit erfahren, welche Hintergründe dieser Terror durch den Türkischen Staat Euch gegenüber hatte?

**Hüseyin:** Mir wurde nach und nach klar, wie das Verhältnis zwischen den Kurden, Demokraten und Guerilla auf der einen und dem Türkischen Staat

auf der anderen Seite ist. Dazu haben vor allem die Repressalien gegenüber meiner Familie beigetragen. Auch mich haben die staatlichen Stellen dann nach dem Ende meines Wehrdienstes zu zwingen versucht, für sie als Agent zu arbeiten. und über die Guerilla auszuspionieren. Das habe ich absolut abgelehnt. Ich wurde daraufhin immer wieder auf die Wache geschleppt und gefoltert. Im Keller der Polizeistation folterten sie mich mit Kaltwasserstrahl und be-



einer Kugel getroffen. Er starb bei dem Vorfall. Mich verfehlten die Kugeln und ich konnte mich irgendwo verstecken.

Nach zwei Tagen kamen die Polizisten zu uns nach Hause und sagten, wir könnten die Leiche meines Vaters zur Bestattung abholen.. Meine Mutter, mein Bruder Bayram und ich sind dann zur Polizeistation nach Pazarlık gegangen. Vor dem Gebäude standen zwei Polizisten und zwei Geheimdienstagenten. Wir sollten ein Papier unterschreiben, ohne es gelesen zu haben. Als wir uns wei-

ist vor zwei Tagen gestorben. Es ist unbekannt, von wem er erschossen wurde“.

1978 musste ich dann meinen 20monatigen Wehrdienst antreten. Während dieser Zeit bekam ich einen Brief von meinem älteren Bruder Mustafa. Darin stand, dass der türkische Staat sie nicht in Ruhe ließe. Er sei gezwungen worden, für den Staat als Nachtwächter, aber gleichzeitig als Agent zu arbeiten. Er sollte über alles, was in Narlı unserem Stadtteil passierte, 2-3 mal im Monat Berichte abliefern. Mein Bru-



schimpften uns Kurden mit obszönen Beleidigungen Nach der Folter folgte dann regelmäßig das Angebot, für sie als Spitzel zu arbeiten, sie boten mir Geld und ein Funkgerät. Da ich Angst hatte, noch schlimmer gefoltert und getötet zu werden, nahm ich ihr Angebot zum Schein an. Daraufhin wurde ich freigelassen. Nach zehn Tagen wurde ich erneut festgenommen und wieder gefoltert, dann wieder zu den gleichen Bedingungen freigelassen. Bei der letzten Folterung in Narli haben sie mich so geprügelt, dass mein Trommelfell platzte.

Ich ging daraufhin zum Arzt, dem ich den Vorfall genau erzählte. Der Arzt erklärte mir daraufhin, dass er mir kein Attest ausstellen könne. Er hatte selber Angst, in Mitleidenschaft gezogen zu werden.

**AntifaZ:** Wie kam es zu Eurem Entschluss, das Land zu verlassen?

**Hüseyin:** Nach dieser letzten Folter war unsere Lage unerträglich geworden. Ich habe zusammen mit meiner Frau, mit Freunden und Kämpfern aus der Guerilla beraten, wie unsere Flucht bewerkstelligt werden könnte. Die Guerilla hat für uns Kontakte in Istanbul hergestellt, und wir beschlossen, die Familie, nach und nach, aus

der Türkei herauszubringen. Die Entscheidung fiel dann so, dass ich zuerst nach Istanbul kam und mit Hilfe der Freunde Kontakt zu einer Organisation aufnahm. Diese erklärte sich bereit, unsere Familie, vier Personen, für 12 000 DM nach Deutschland zu bringen.

Das geschah dann auch so, und ich habe direkt nach meiner Ankunft 1986 einen Antrag auf politisches Asyl gestellt.

Das ist nun 12 Jahre her, und unsere Zukunft ist immer noch

mich fragten, wo unser Vater sei. Ich wußte es aber nicht und hatte furchtbare Angst.

**Asiye:** Ich war damals sieben Jahre alt und kann mich auch gut an die ganze Sache erinnern. Sie suchten unseren Vater und boten uns Geld und Süßigkeiten an, wenn wir sagten, wo er sei. Sie beleidigten meine Großmutter mit furchtbaren Ausdrücken, schlugen sie mit dem Gewehrkolben und schrien: „Euch widerwärtige



ungewiß.

**AntifaZ:** Nachdem nun Hüseyin ausführlich über die Hintergründe Eurer Flucht berichtet hat, sollen auch die übrigen Mitglieder der Familie sich kurz vorstellen:

**Elif:** Ich war fünf Jahre alt, als meine Eltern das Dorf verließen. Ich verstand damals vieles noch nicht, kann mich aber noch gut daran erinnern, dass die Soldaten von den Speziellen Einsatzkommandos (Özel Tim) zu uns ins Dorf kamen und meine Schwester Asiye und

Kurden sollte man mit Euren widerwärtigen Wohnungen verbrennen“. Wir hatten natürlich alle schreckliche Angst.

**Veysel:** Ich war damals erst zwei Jahre und kann mich an die Ereignisse natürlich nicht erinnern.

**Gülay:** Ich bin erst in Deutschland geboren worden und kenne die Geschichte unserer Familie nur aus den Berichten der anderen.



**AntifaZ:** Hüseyin, zum Schluss noch die Frage, wie die Unterstützung für Euch deiner Meinung nach fortgesetzt werden könnte?

**Hüseyin:** Ich denke, wir sollten gemeinsam mit den anderen von Abschiebung Bedrohten im Kreis Recklinghausen zusammenarbeiten und noch mehr öffentliche Aktionen durchführen. In anderen Städten, wie zum Beispiel in Oer-Erkenschwick, finden die Asylbewerber kaum Unterstützung. Dort gibt es auch noch die Gutscheinpraxis, die in Recklinghausen und Herten zum Glück abgeschafft wurde. Aber in den anderen Städten sind einige Flüchtlinge aktuell bedroht, und wenn es uns nicht gelingt, an die Öffentlichkeit zu treten, werden einige klammheimlich abgeschoben, ohne dass es irgendjemand erfährt. Daher sollten sich die demokratischen Kräfte zusammenschließen und für mehr Druck in der Öffentlichkeit sorgen.

**AntifaZ:** Wir danken Euch allen für dieses Gespräch und wünschen Euch weiterhin viel Kraft und Solidarität für die kommende Zeit.

Methode die gleiche wie die aus Düsseldorf.

Inhaltlich wird die Notwendigkeit, antifaschistische Arbeit auf legaler Basis öffentlich breit bekannt zu machen, gelehrt, gleichzeitig wird die Notwendigkeit, antifaschistische Aktionen, die ein partielles Durchbrechen bürgerlichen Rechts vorbereiten, auch entsprechend deutlich als solche zu erklären und dementsprechend klandestin zu organisieren, kaum begriffen.

Wer bei dem ersten Treffen in Münster dabei war, weiß, dass dort von Sorgfalt und Sicherheitsvorkehrungen überhaupt nicht die Rede sein kann. Selbstverständlich wurde auch von den Münsteraner OrganisatorInnen wie auch von den Antifas aus Bonn und Düsseldorf mit keinem Wort erklärt, dass man das Treffen nicht als ersten Schritt zu einem breiten politischen Bündnis gegen den NPD-Aufmarsch verstand, sondern in erster Linie als Treffen zur Absprache über mögliche Aktionsformen. Dazu noch geprägt von dem Versuch, diese Zielsetzung im Unklaren zu lassen. Erst nach dem Treffen wurde uns durch Informationen von anderen politischen Strukturen in Münster, die ebenfalls gegen den Nazi-Aufmarsch mobilisierten, berichtet, dass diese gar nicht erst zu dem Treffen eingeladen worden waren.

Zwar gab es auf dem ersten Treffen mehr oder weniger versteckte Hinweise auf die „bürgerlichen Kräfte“ in Münster, auf die man sich nicht verlassen könne, andererseits wurde mehrfach signalisiert, dass man auch

### Stellungnahme der Redaktion zur Kritik des ANTIFA-KOK aus Düsseldorf zu unserer Berichterstattung über geplante antifaschistische Aktionen gegen die NPD/JN-Demonstration vom 12. September in Münster

In einem Schreiben der ANTIFA-KOK, „stellvertretend für das NRW-weite Antifa-Koordinierungstreffen und für das Vorbereitungstreffen für den 12.9. in Münster“ wird unsere Berichterstattung über ein in Münster stattgefundenes erstes Vorbereitungstreffen als „völlig inakzeptabel“ bezeichnet. Desweiteren wird gefordert, „glaubwürdig rüberzubringen, dass sich derartiges nicht wiederholt“. Worum geht es?

Wir schrieben in unserer Berichterstattung in Ausgabe 72/98 über die TeilnehmerInnen an diesem Treffen:

„Am 20. Juni fand deshalb ein Vorbereitungstreffen von Antifas aus Münster sowie VertreterInnen antifaschistischer Organisationen aus dem Münsterland, dem Ruhrgebiet sowie aus Bonn (Antifa-Jugendfront Bonn) sowie Düsseldorf (Antifa-KOK) statt.“ Zudem hatten wir als einladende Gruppe die Münsteraner „MAFIA“ namentlich erwähnt. Diese Informationen „machen es Bullen und Nazis möglich, ohne jeden Aufwand Einblick in die Vorbereitungsstrukturen zu erhalten“, meint der Antifa-KOK.

Dazu ist aus unserer Sicht folgendes zu sagen:

Wir sind als AntifaZ zu diesem Treffen eingeladen worden. Über ähnliche Vorbereitungstreffen wie das in Münster haben wir schon öfter geschrieben.

Eine Kritik wie die Eure erhalten wir das zweitemal, von Euch erfreulicherweise schriftlich, das erstmal im Rahmen eines Treffens in Recklinghausen zur Schaffung einer „Antifaschistischen Koordination im Kreis Recklinghausen“.

Sowohl Inhalt als auch Methode ähneln sich auffallend - wenn auch die Zusammensetzung und

das Politikverständnis der an den Treffen in Münster und Recklinghausen beteiligten Organisationen recht unterschiedlich ist.

In Münster waren offensichtlich die Organisatoren einschließlich der Düsseldorfer und Bonner Antifas im Nachhinein der Meinung, dass das erste Treffen in Münster als nicht öffentlich zu verstehen sei und dass über die sich dort vorbereitenden Gruppen nichts veröffentlicht werden dürfe, zumindest nicht, um wen es sich handele und aus welchen Orten sie kamen.

Wer das doch täte, nütze „Bullen und Nazis“.

Beim Treffen in Recklinghausen waren sich von Anfang an alle Organisationen einig, dass öffentlich über die Bildung einer Kreis-Koordination berichtet würde, sowohl in der kommunalen Presse als auch selbstverständlich in unserer Zeitschrift.

Nur eine Gruppe war nicht damit einverstanden, dass ihr Name in der AntifaZ stand, hatte dies aber erst nach der Veröffentlichung heftig kritisiert.

Dennoch ist die Kritik der Gruppe aus Recklinghausen in Inhalt und



eine Zusammenarbeit z.B. mit dem Münsteraner Bündnis gegen Sozialabbau anstrebe.

In Wirklichkeit hat man aber nichts in diese Richtung getan.

Bei dem erwähnten Treffen in Recklinghausen wurde von der erwähnten Gruppe ähnlich kritisiert: Die namentliche Erwähnung der an dem Bündnis beteiligten Gruppen schaffe den Nazis Einblick in „unsere Politik-Strukturen“.

Diese Kritik ging im Kern noch weiter, leugnete sie doch die Notwendigkeit, antifaschistische Bündnisse in der Öffentlichkeit bekanntzumachen und für ihre Erweiterung einzutreten, generell. Das „Argument“, man liefere den „Bullen“ Einblick in „unsere Strukturen“ wurde damals nicht verwendet, wäre ja auch gänzlich fehl am Platz gewesen, weil die beteiligten Organisationen wie VVN-BdA, AFB, DKP, Hertener Aktionsbündnis und Falken seit Jahren durch öffentliches Auftreten gegen den Faschismus bekannt waren.

In der Methode der Kritik gibt es wiederum völlige Übereinstimmung: Die Kritiker gehen mit großem Selbstverständnis davon aus, dass ihr eigenes, subjektiv vermutlich „revolutionäres“, Verständnis von Antifaschismus erstens das einzig zutreffende sei und zweitens von allen anderen, auch ohne Diskussion, akzeptiert werden müsse.

Und wenn dem nicht so ist, wenn man nicht „glaubwürdig rüberbringt, dass sich derartiges nicht wiederholt“, findet man sich wohl im „bürgerlichen“ Lager wieder und wird zu den „revolutionären“ Treffen nicht mehr eingeladen.

Zum Schluss kurz ein paar Sätze zu unserer Vorstellung von antifaschistischer Politik gegenüber „Nazis und Bullen“.

Unsere Organisation, der AFB, hat von Anfang an klargestellt, dass Nazis kein demokratisches Recht auf öffentliche Auftritte, öffentliche Räume, Demonstrationen und Partei- und Organisationsgründung besitzen.

Der bürgerliche Staat benutzt faschistische Organisation zum einen als zusätzliches Repressionsmittel gegen demokratische und fortschrittliche Kräfte, zum anderen als ideologisches Instrument gegen linke Systemopposition („Rechts = Links“).

Die bürgerliche Verfassung verschleiert die realen Gesellschaftsverhältnisse: Sie manifestiert zum einen den Herrschaftsanspruch der Besitzenden, schafft zum anderen die Illusion, Gleichheit für alle auf der Grundlage einer „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ zu garantieren. Wer außerhalb dieser steht, genießt die „demokratischen Rechte“ nicht, also haben z.B. Faschisten keine demokratischen Rechte.

Wie jeder in der Praxis hinlänglich erfahren kann, wird diese „Grundordnung“ aber in erster Linie gegen systemkritische, höchst selten jedoch gegen Faschisten eingesetzt.

Um den Faschisten die Straße streitig zu machen, müssen wir also den Widerstand der Bevölkerung mobilisieren und die Erkenntnis verbreitern, dass der bürgerliche Staat seine eigenen Verfassungsaussagen bricht, wenn der faschistische Parteien legal auftreten und deren Auftreten durch die Polizei geschützt läßt.

Ein Verhindern von NPD-Aufmärschen, die von Polizei mit Verweis auf deren Legalität geschützt werden, ist erst dann möglich und sinnvoll, wenn diese Erkenntnis bei großen Teilen der Bevölkerung vorhanden ist.

Solange dies nicht der Fall ist, ist der Versuch, staatliche Kräfte anzugreifen, um die Faschisten von der Straße zu jagen, unverantwortlich.

Selbstverständlich ist die Tatsache, dass in Münster, Rostock und Köln Tausende Polizisten die NPD-Aufmärsche schützten, zu kritisieren.

Aber zu kritisieren ist auch ein antifaschistisches Konzept, in absoluter Minderzahl überlegene Polizeikräfte anzugreifen.

Die Tatsache, dass in Münster, Rostock und Bonn jeweils über 100 Antifas festgenommen wurden und mit Verfahren überzogen werden - auch wenn die Verluste auf unserer Seite durch den Einsatz der grünen Poliker in Bonn geringer ausfielen - , kann nicht allein durch empörte Kritik am staatlichen Vorgehen beantwortet werden.

Noch einmal: Wir lehnen es nicht prinzipiell ab, in Aktionen bürgerliches Recht zu durchbrechen und Auseinandersetzungen mit der Polizei in Aktionen zu organisieren, aber nur dann, wenn Kräfteverhältnisse, taktisches Konzept und politische Aktionsvorbereitung eine reale Durchsetzungsmöglichkeit wahrscheinlich machen.

An Treffen zur Vorbereitung solcher Aktionen werden wir auch in Zukunft teilnehmen, sprechen uns aber gerade nach den Münsteraner Erfahrungen entschieden dafür aus, dass der Charakter solcher Treffen in Zukunft von den kritisierenden Antifas aus Münster, Bonn und Düsseldorf gründlicher diskutiert wird.

Und noch eins: Auch wir sind nicht an einem „unfruchtbaren Streit“ interessiert, an einer offenen Auseinandersetzung dagegen sehr wohl.

**Mit antifaschistischen Grüßen  
Die Redaktion der AntifaZ**



## Kamp Atesleri in Bergama

„Wir leben unter derselben Sonne. Warum teilen wir nicht dasselbe Brot?“ (Aristonikos, Führer eines Sklavenaufstandes 129 v.u.Z. im 133 v.u.Z. von Rom annektierten Pergamon)

### „Die Jugend der Welt trifft sich in Bergama“

Unter diesem Motto fand vom 31. Juli bis zum 09. August 1998 ein internationales Jugendtreffen in Bergama (früher Pergamon) statt. An dem Jugendlager „für die Solidarität und Völkerverständigung der Weltjugend“ trafen sich insgesamt über 2000 Jugendliche trafen, darunter auch Hunderte von Jugendlichen aus zahlreichen Ländern der Welt (neben der Türkei und Nordkurdistan u.a. England, Frankreich, Deutschland, Niederlande, Griechenland, Lateinamerika). Unterstützt wurde die Vorbereitung durch die DIDF-Jugend in den Niederlanden, in Frankreich, Österreich, DIDF-Jugendkommission in Deutschland, Internationale Jugend (IJ), Jugend unter dem Regenbogen e.V., mehrere Vertretungen von Schülern und Schülerinnen (BSV, LSV Berlin, Hessen, NRW) und Allgemeine Studenten- und Studentinnen-Ausschüsse (AStA von Uni-GH Kassel, von Technischer FH Bremen) in Deutschland, Jugendverband Bremer MigrantInnen (JBM), EDF-ID (= Etudiants de France - independants democratiques), Grün-Alternative Jugend Österreichs, Komitee der Liverpooler Hafentarbeiter, DAY-MER London, Omayra Berlin, die griechischen Jugendorganisationen NAR (= Neue Linke Strömung) und NKA (= Jugend für Kommunistische Befreiung), Evrensel Kulturzentrum Istanbul sowie Einzelpersonlichkeiten der Gewerkschaften (Roland Schinko, Sabine Leidig), aus Parlamenten (Claudia Roth, Eva Bulling-Schröter, Willibald Jacob), Kultur und Presse (Aydin Cubukcu, Sunay Akin). Dem Organisationskomitee gehörten an: Cengiz Bektas, Mustafa Yalciner, Tülay Aslan (in Bergama Wohnhafte), Öznür Oguz, Evren Kivancer, Emrah Özkök (in der Türkei Stu-

dierende).

Bergama/Pergamon ist nicht erst heute ein Symbol für Widerstand. Dort fand bereits der erste Sklavenaufstand in der schriftlich überlieferten Geschichte statt. Darüber hinaus ist Pergamon ein altes Zentrum, an dem zahlreiche Zivilisationen und Kulturen aufeinandertrafen und -treffen, angefangen beim hellenischen Pergamenischen Reich, in dem das Pergamentpapier entwickelt worden ist, über das Römische Reich, das Oströmische Reich (der Byzantiner), das Reich Rum (römisches Reich der Seldschuken) bis hin zum Osmanischen Reich.

#### Bergama als Symbol des Widerstandes

„Eines Tages kamen fremde Männer zu uns und sagten, daß bei uns Gold aus der Erde ausgegraben werden sollte. Wir mußten nur ein Papier unterschreiben, daß wir unsere 'unbrauchbaren' Grundstücke, sogar gegen Geld, hergeben. Wir haben uns sehr gefreut. Besonders wir Frauen. Auch wir, die Frauen der Armen, wollten Goldschmuck tragen - wie die reichen Frauen. Daß Gold ein Symbol des Reichtums ist, wußten wir schon von Kindheit

an. Einige von uns haben ihre Grundstücke ganz billig abgegeben. Einige haben sich als Arbeiterinnen der zukünftigen Gold-Fabrik gemeldet. Hinterher erfuhren wir, daß wir sterben würden, ehe wir den Schmuck tragen könnten.“

Das sind Sätze einer Bäuerin aus Camköy (einem Dorf im Gebiet von Bergama). Unter dem Motto „Tote tragen keinen Schmuck“ gingen die Bäuerinnen aus Bergama auf die Barrikaden.

#### Euro-Gold

Vor etwa zehn Jahren begann das internationale Konsortium Euro-Gold mit der Prospektierung des Bodens von Bergama. Schon bald stellte sich heraus, daß das aggressive chemische Verfahren der Goldgewinnung durch **Zyanidlaugerei** mit lufthaltiger Natriumzyanidlösung ein farbloses giftiges Gas (Zyan) freisetzt, dessen Salze (insbesondere Zyankali) in Verbindung mit Wasserstoff zu einer extrem giftigen Flüssigkeit (**Blausäure**) werden, von der eine geringe Menge, wenn sie ins Grundwasser gelangt, dieses für Warmblütler (also auch Menschen) tödlich macht.

Über diese Gefahr hatten we-





der Euro-Gold noch der türkische Staat die Bauern und Bäuerinnen von Bergama aufgeklärt. Nachdem sie erst einmal mißtrauisch geworden waren und begonnen hatten, sich sachkundig zu machen, riß das Lügengewebe, mit dem sie in einen schönen Schleier eingelullt werden sollten, Stück für Stück ein, was nahezu in der gesamten Bevölkerung zu der unausweichlichen Erkenntnis führte, daß sie sich gegen den schleichenden Tod zur Wehr setzen mußte. **Die ureigene Erfahrung und beklemmende Angst hat die Menschen politisiert und auf die Barrikaden getrieben, nachdem ihnen klar geworden war, daß ihnen keine noch so salbungsvoll daher redenden Regierungsvertreter helfen würden**, sie sich vielmehr um ihre eigenen Angelegenheiten selber kümmern müssen.

### Camköy

Das Dorf Camköy, in dem die Euro-Gold-Fabrik liegt, zählt etwa 500 Menschen. Ich sprach im dortigen Kaffeehaus mit einigen Bauern, die mir erklärten, das, was sie mir gesagt haben, würden sie jederzeit auch öffentlich wiederholen:

- **Ibrahim Dogrul** (1929 geboren)

- **Hakki Durmaz** (im Jahr 1335 - islamischer Kalender - geboren)

- **Mustafa Ertugrul** (1919 geboren)

Ihre Aussagen ergeben folgendes Bild: Anfangs hat Euro-Gold die Grundstücke den Bauern ganz billig abgekauft. Einige, die in der Fabrik arbeiten wollten, trauten sich jetzt nicht mehr, ins Kaffeehaus zu kommen. Einige hätten inzwischen das Dorf verlassen. Mit denen, die noch im Dorf leben, rede niemand mehr.

Einige markante Äußerungen:

„In dem Vertrag (der zur Errichtung der Fabrik führte) wurde behauptet, im Umkreis von 16 km lebe niemand, wo doch die Fabrik gerade mal 150 m von dem Dorf weg ist.“

„Weder eine Partei noch deren Vertreter haben sich mit uns solidarisiert. Der Minister von der Erbakan-Partei wurde (von uns) weggejagt.“

Die Moschee bzw. der Hoca (islamischer Lehrer) habe keine Stellung genommen - mit der Begründung, das sei keine Angelegenheit der Moschee und interessiere daher die Moschee auch nicht. Das ist schon eigenartig, wo doch der Islam (nicht nur der „Fundamentalismus“) das gesamte gesellschaftliche Leben gestalten und reglementieren will.

Die Jugendlichen aus dem Lager besuchten die Bauern, diskutierten mit ihnen und halfen ihnen bei der Arbeit, bemalten z.B. die Wände ihrer Häuser.

### Ein Erfahrungsbericht aus dem Jugendlager

**Sabine Leidig** (DGB-Kreisvorsitzende Karlsruhe) in der täglichen mehrsprachigen Lager-Zeitung *KAMP ATESI* (= Lagerfeuer) Nr. 8: „Meine Eindrücke von diesem Camp sind so vielfältig, daß ich ein Reisetagebuch damit füllen werde. In diesem Artikel will ich nur zwei schildern: Im Camp selbst beeindruckt insgesamt das enorme politische und organisatorische Engagement des Organisationskomitees und vieler TeilnehmerInnen. Ohne pädagogische Anstrengungen sind nur ganz wenige Jugendliche aus Deutschland bereit, Arbeiten für ein gemeinsames Projekt zu übernehmen - besonders wenn diese schmutzig sind oder keine Anerkennung versprechen. So bin ich begeistert davon, daß türkische (und kurdische) Jugendliche ohne sichtbaren Widerwillen abspülen, Müll einsammeln, tonnenweise Kartoffeln schälen, sich als OrdnerInnen der verantwortungsvollen Aufgabe stellen, die Sicherheit und die notwendige Ordnung im Camp zu organisieren - und angesichts der Menschenmenge, angesichts der Rahmenbedingungen und der Tatsache, daß mit dieser großen Veranstaltung

etwas Neues probiert worden ist, klappt das alles erstaunlich gut. Aber nur deshalb, weil die überwiegende Mehrheit der TeilnehmerInnen die inhaltlichen Ziele der Veranstaltung mittragen und sich als MitgestalterInnen des Projekts empfinden. Das drückt sich auch darin aus, daß die vielen anspruchsvollen Veranstaltungen so gut besucht sind und trotz großer Hitze mit Ausdauer verfolgt werden. Ähnliche Diskussionsrunden würden bei solchem Wetter im Gewerkschaftsjugendcamp am Bodensee ausfallen, weil alle baden wollen. Ich habe noch nicht begriffen, ob es auch eine Mentalitätsfrage ist, ... aber ich werde darüber diskutieren.

Der zweite besondere Eindruck stammt aus einem der Widerstandsdörfer um Bergama. Dort haben die BewohnerInnen uns nicht nur sehr freundlich und selbstverständlich über ihren jahrelangen Kampf gegen Euro-Gold berichtet, sondern sie haben sich auch sehr bewußt und selbstkritisch zu ihrer eigenen anfänglichen Begeisterung für dieses Unternehmen bekannt, von dem sie sich bessere Verdienstmöglichkeiten versprochen hatten, daß sie erst nach Vorträgen des Bürgermeisters über die Vergiftungsgefahren nachgedacht haben, und zu den Versuchungen, die nach wie vor wirken. In den Gesprächen ist klar geworden, daß sie zwar tapfer mit vielen Aktionen gekämpft haben, aber daß sie keine Helden sind, daß sie keine außergewöhnlichen Menschen sind. Die Entwicklung des organisierten Widerstandes der Bauern und Bäuerinnen (!) von Bergama ist ein Beispiel dafür, daß es möglich ist, ganz normale Menschen zu politisieren und daß auch ein Weltkonzern (noch) kein unbesiegbarer Gegner ist.

Schon auf der Rückfahrt im Saunabus haben wir geplant, eine Informationsveranstaltungsreihe in Deutschland zu organisieren, bei der über die Situation von der Bergama-Delegation berichtet wird und an



diesem Beispiel die verheerenden Auswirkungen des MAI-Abkommens dargestellt werden.

Ziel sollte u.a. sein, in verschiedenen Städten in Deutschland unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen zusammenzubringen (insbesondere Grüne, Umweltgruppen, DIFD, Gewerkschaften und Anti-MAI-AktivistInnen), die Aufklärungen über MAI voranzutreiben und Solidarität für die KämpferInnen von Bergama zu organisieren. So könnten wir ein wenig von dem Geist des Jugendcamps aus Pergamon weitertragen.“

### Was ist MAI?

Die Verhandlungen über das MAI (Multilateral Agreement on Investment = multilaterales Abkommen für Investitionen), das ursprünglich auf Ebene der Welthandelsorganisation (WTO) verhandelt werden sollte, wurden auf Druck der USA auf die 29 OECD-Staaten (es handelt sich um die reichsten Industrieländer und einige Schwellenländer wie Südkorea, Mexiko und Türkei) verlagert, um so einen Protest der Entwicklungsländer von vornherein zu unterlaufen. Sie liefen etwa eineinhalb Jahre lang unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Die Entwicklungsländer sollen so auf Ebene des internationalen Wirtschaftsrechts zu bloßen Objekten der Industrieländer - praktisch zu deren gemeinsamen Kolonien - gemacht werden. **Mit dem MAI soll die Globalisierung des Kapitalismus international gesetzlich festgeschrieben werden, so daß von einer nationalen Regierung vorgenommene Enteignungen von Besitzungen eines transnationalen Konzerns (TNC) künftig von vornherein nichtig sind.** Die Unterzeichnerländer verpflichten sich, ausländische Investoren wie inländische Unternehmen zu behandeln und einem Investor aus einem anderen Unterzeichnerland automatisch die günstigsten Konditionen zu gewähren. Als Investitionen gelten Kreditguthaben, Forde-

rungen, vertraglich gewährte Rechte (Lizenzen, Konzessionen), geistiges Eigentum, materielles und immaterielles, mobiles und immobiles Eigentum. Dem Kapitalverkehr sollen keine Schranken auferlegt werden dürfen, Gewinne könnten frei ins Ausland transferiert werden. Natürlich wäre jeder Staat nach dem MAI verpflichtet, dieses Recht auf „maximale Ausbeutung international“ gegen Widerstände im eigenen Land zu verteidigen. **Gegenwärtig scheint das Abkommen in seiner jetzigen Form in Frage gestellt, nachdem die französische Regierung unter Jospin aus den Verhandlungen ausgestiegen ist.** Sie verlangt die Aufhebung des von den USA diktierten (der neoliberalen Ideologie widersprechenden) Handelsboykotts gegenüber Kuba und Libyen und will das Paket auf Ebene der WTO neuverhandelt wissen. Darin äußert sich Konkurrenz zwischen den imperialistischen Mächten, die unterschiedliche Interessen verfolgen. Frankreich will z.B. auf die **CFA (Communaute Franco-Africaine)** nicht verzichten - es geht dabei nicht nur - aber auch - um den Anbau von und Handel mit Bananen aus Afrika, der in Konkurrenz zum Anbau von und Handel mit Bananen aus den von der **United Fruit Company (UFC)** beherrschten Ländern Lateinamerikas privilegiert werden soll. (In jüngster Zeit sind die Methoden der UFC wiederholt im Fernsehen - zu Recht - angeprangert worden: z.B. der rücksichtslose Einsatz von Pflanzengiften wie des in den USA verbotenen **Nemagon** (mit Folgen bis hin zu signifikanter Erhöhung von Leukämie und der Geburtsrate von Kindern ohne Gehirn - statistisch sogar höher als im Umfeld von Atomkraftwerken. Derartige Methoden unterscheiden sich allerdings nicht wesentlich von denen der französischen Besitzer.)

Bezogen auf das internationale Konsortium Euro-Gold (mit französischer und deutscher Beteiligung) heißen Globalisierung und beson-

ders das MAI: Die Goldgewinnungsfabrik in Bergama steht zur Zeit aufgrund des starken Protests der Bevölkerung zwar still, das Gelände aber wird vom türkischen Staat in vorseilendem Gehorsam gegenüber einem MAI-Abschluß und in der Hoffnung auf entsprechende internationale Unterstützung für die leere Staatskasse vorsorglich als mögliche Verhandlungsmasse bis auf weiteres vor einem Zugriff hermetisch geschützt und könnte bei Bedarf mit Arbeitskräften aus einem anderen Land betrieben werden. Der Sieg der Bevölkerung von Bergama ist also noch nicht das letzte Wort in dieser Sache. Das Bewußtsein, daß sie auf internationale Solidarität angewiesen sind, ist unter den Bauern von Bergama gewachsen. Damit wächst auch die Erkenntnis: Wenn man der immer rasanteren weltweiten Zerstörung der Lebensgrundlagen und der ihr zugrunde liegenden, die menschliche Gesellschaft immer deutlicher ruinierenden Jagd nach Maximalprofiten etwas entgegenzusetzen will, muß man global zu denken und lokal zu handeln lernen und dem globalen Beziehungsgeflecht des Kapitalismus ein vor Ort wirksames, zugleich aber globales Beziehungsgeflecht der Befreiung von diesem entgegenzusetzen.

### „Die Bauern sind da!“

Die Jugendlichen schliefen durchschnittlich 2 bis 3 Stunden pro Nacht. Mit diesem Schlafrhythmus hielten sie den ganzen Tag durch. Sie hielten nicht nur durch, sie waren auch sehr aktiv.

Es war gegen 22 Uhr. Die Seminare und Gruppenarbeiten gingen für diesen Tag langsam zu Ende. Die Referenten sprachen ihre letzten Sätze. Einige hatten sich schon für das Abendbrot in die Schlange gestellt. Auch ich packte nach 12 Stunden schon meinen Fotoapparat und mein Notizbuch in die Tasche. Die Jugendlichen diskutierten unter sich weiter. Es war ein anstrengender Tag gewesen. Auf einmal wa-



ren alle Blicke zum Haupteingang hin gerichtet. Das Flüstern ging blitzschnell durchs ganze Lager: „Die Bauern sind da!“ Jugendliche, die sich nach dem Abendbrot für eine halbe Stunde an Ort und Stelle hingelegt hatten, um für die nächste Aktion Kräfte zu sammeln, standen auf und begrüßten die Bauern. Ich packte schnell meinen Fotoapparat wieder aus, suchte nach dem passenden Objektiv und prüfte nochmals meinen Apparat, während auch ich in Richtung Haupteingang ging. Ohne „Ordner“ und „Organisation“ ging ein Demonstrationszug durch das Lager in Richtung Hauptplatz. Die Bauern marschierten voran. Ihre Gesichter waren durch die Augustsonne gebräunt, und an ihren verschwitzten Kragen konnte man sehen, daß sie keine Zeit gehabt hatten, ihre „Sonntagsanzüge“ anzuziehen. Ihre Bärte waren 2 bis 3 Tage lang. Sie traten selbstbewußt auf, während Hunderte junger Frauen und Männer mit der Parole „Die

*Bauern von Bergama sind nicht allein!*“ hinter ihnen gingen und ihre Sympathie und Solidarität bekundeten. Diese Sympathie und Solidarität war so laut und deutlich, als ob man den Herren des Landes ein Signal geben wollte. Es sollte in der Hauptstadt, in Ankara, gehört werden. Mit der Parole gingen die Hände hoch, und in der Luft waren nur geballte Fäuste zu sehen. Es sah aus, als ob sie nach der Melodie „Vorwärts und nicht vergessen, worin unsre Stärke besteht, beim Hungern und beim Essen... die Solidarität“ tanzten. Sie tanzten nicht nur, sie waren von ihrer Sache durchdrungen. Sie forderten „Arbeit, Brot, Freiheit!“. Auch die Parole „Die Jugend ist die Zukunft, die Zukunft ist der Sozialismus!“ war nicht zu überhören. Die Bauern setzten sich kreisförmig hin und waren von hunderten Jugendlichen umkreist. Ein Bauer, etwa 55-60 Jahre alt, ging direkt zum Rednerpult, nahm das Mikrofon und begann mit klarer

Stimme: „Ich heiße **Hilmi Yirgin**. Ich bin der Vertreter der Bauernkomitees. Wir haben dem Imperialismus den Krieg angesagt. Die erste Schlacht haben wir gewonnen. Aber das heißt nicht, daß wir den Monopolkapitalismus endgültig besiegt hätten. Unser Kampf hat gerade erst begonnen.“ Er hat damit klar auf den Begriff gebracht, daß man vor Ort dauerhaft nur siegen kann, wenn man weltweit den Sieg erringt. Natürlich haben nicht die Bauern von Bergama dem Imperialismus den

Krieg angesagt, sondern dieser ihnen. Bauern wie Hilmi Yirgin haben aber begriffen, daß sie sich im Krieg gegen den Imperialismus befinden.

Nach seiner Ansprache stellten sich die übrigen Bauern der Reihe nach vor und erklärten ihren gerechten Kampf und ihren Sieg gegen Euro-Gold.

Die Bauern und die Jugendlichen aßen ihr Abendbrot gemeinsam und unterhielten sich in Gruppen weiter. Der Tag war noch lange nicht zu Ende...

\*\*\*

Das Jugendcamp wurde von Gewerkschaftern, gerade streikenden Soma-Arbeitern usw. besucht. Bauern und Bäuerinnen gehörten zu den ständigen Besuchern des Lagers. Sie führten auch ein Theaterstück auf, Bäuerinnen kochten einmal für über 2000 Leute ihre Spezialitäten.

### Provokationen

Vor und während des Camps. Die fundamentalistisch orientierte Tageszeitung ZAMAN behauptete: „Das Jugendcamp findet unter dem Schatten der TDKP statt.“ So wollte sie offenbar islamische Jugendliche von der Teilnahme abhalten. Viele junge Mädchen mit Kopftüchern zeigten, daß ihr Erfolg sich in Grenzen hielt. Mit einem der islamischen Mädchen, das ich später in Istanbul wiedertraf, habe ich mich eingehend unterhalten. Sie war von dem Lager und der freien Atmosphäre dort begeistert.

Türkische Nationalisten versuchten, die Jugendlichen auf ihre Bahn zu ziehen, machten sich aber davon, als sie merkten, daß sie mit ihrer Hetze nicht ankamen.

Militärs provozierten, indem sie immer wieder durch das Lager spazierten.

Unternehmer versuchten, durch Sponsoren die Fäden in die Hand zu nehmen, um dem Camp eine „besondere Bedeutung“ zum 75jährigen Bestehen der Türkischen Republik zu verleihen.

Was haben die 75 Jahre Tür-



Rede eines Bauern zum Thema „Euro-Gold“



Einladung zum Kulturfest an der Ruhr dieses Jahr nicht ausgesprochen, was die Veranstalter des Solidaritätsfestes kritisch hervorhoben.

### Kleine Karawane für die wenigen Rechte von MigrantInnen

**Bochum;** Spärlich war die Beteiligung von BochumerInnen bei der „Karawane für die rechte der Flüchtlinge und MigranTinnen“. Knapp 200 Demonstrierende versammelten sich zum Protestzug durch die Bochumer Innenstadt. Zum Kulturfest im Bahnhof Langendreer ließen sich - außer der kleinen Vorbereitungsgruppe selbst und den Flüchtlingen - keine neuen TeilnehmerInnen sehen

Ebenfalls etwa 200 Leute demonstrierten am späten Nachmittag vom Wattenscheider Friedrich-Ebert-Platz zu Landeszentrale der NPD in der Günnigfelder Straße.

Sie forderten selbstverständlich die Schließung der Landeszentrale (die in naher Zukunft nur noch Sitz der NPD/JN Ruhr sein wird, da die NPD-Landeszentrale in das neue „Schulungszentrum“ der NPD umziehen wird, hierzu später mehr).

### Das UNO-Embargo gegen Irak bekämpfen

**Bochum;** Am 6. November berichtete Dr. Al Biladi von der „Organisation für Verteidigung der Menschenrechte im Irak - Deutschland“ im Bochumer Kulturbahnhof Langendreer über die Situation im Irak seit Verhängung des UNO-Embargos 1991. Neben der mittlerweile allseits bekannten unbarmherzigen Brutalität, mit der die Mitglieder des Clans Saddam Husseins gegen Andersdenkende vorgehen, wusste Al Biladi von Familien zu berichten, die aufgrund des ökonomischen Elends die Organe ihrer Kinder zum Verkauf anbieten. Selbst ein Hochschulprofessor verdiene

### Friedensfestival trotz Säbelrasseln

**Herne;** Die Herner Gesellschaft für Sozialarbeit (GfS) konnte gemeinsam mit der Ortsgruppe der türkischen Özgürlük ve Dayanisma Partisi, ÖDP, (Partei der Freiheit und Solidarität) Ende September fast 100 Personen zu einer Veranstaltung unter dem Motto „Trotz allem Frieden“ (her seye ragmen baris) gewinnen. Dort vertrat der kurdische Forscher Mehmet Bayrak aus Recklinghausen die umstrittene Auffassung, dass die Kurdinnen und Kurden auch im Osmanischen Reich nicht integriert waren. Der Gelsenkirchener Schriftsteller, Filmemacher und Lehrer Ömer Polat lenkte auf den kurdischen Alltag in Deutschland und führte aus, dass TürkInnen hier eine Lobby beseitzen, die KurdInnen dagegen nicht.

Dennoch seien die politischen Umstände solcher Lobby in Bezug auf die türkischen Bevölkerung recht zweischneidig und widersprüchlich: Vor dem Hintergrund der türkischen Diskriminierung in Deutschland haben sich in der Vergangenheit die Bündnisgrünen oft als Sprachrohr dieser MigrantInnen ausgegeben. Türkinnen und Türken stehen deshalb oft hinter grünen Parteiansichten. Andererseits reicht ihr politischer Einfluss nicht so weit aus, dass ihr Klientel bei Wahlen in der Türkei ähnlich grün engagiert ist. Denn dort stimmt es umgekehrt häufig für die faschistische MHP. Die Kinder dieser Familien spielen gleichsam zwei verschiedene Rollen: durchs türkische Erziehungssystem geprägt, sind sie extrem autoritätsfixiert. Andererseits leben sie außerhalb der Familie ihre Aggressionen unkontrolliert aus. Mittlerweile gibt es an verschiedenen deutschen Universitäten Türkischstudiengänge. Die meisten, so Polat, sind jedoch - wie das Beispiel Essen zeige - von Reaktionen besetzt. Angesichts solcher Beispiele frage er sich, wo es noch kritische Menschen gebe. Kurdische Intellektuelle, so Polat weiter, gebe es als eine organisierte Gruppe nicht, sondern nur als EinzelvertreterInnen. Nach der Diskussion der Podiumsherren lockte der Kultur- und Theaterbeitrag auch die Foyerbesuchenden und Teetrinkenden wieder zurück in den Saal. Als Höhepunkt des Abends sang der aus Frankreich kommende Ali Asker seine berühmte „Totenklage“ (agit). Obwohl er vor über einem Monat an den Stimmbändern operiert worden war, zogen seine stimmungswaltigen Lieder die Zuhörenden in den Bann, auch wenn sie dieses Mal auf sein „Karadeniz“ (schwarzes Meer) verzichten mussten. Dabei konnten sie einen Augenblick vergessen, dass trotz der Herner Bekräftigung zum Frieden die türkische Regierung an der syrischen Grenze schon wieder die Panzer aufrollen ließ.

nur noch 5 Dollar im Monat. Trotz der Verbrechen des Regimes plädierte er für eine Aufhebung des Embargos, da nur Unschuldige leiden. Das Land ist um über 50 Jahre in seiner Entwicklung zurückgeworfen worden. Auch der mittlerweile wieder erlaubte Handel mit Öl hilft nicht weiter. Dermaßen unter zweierlei Knuten - der des irakischen Diktators und der der UNO - steht der Irak in den Augen der arabischen Nachbarn nur als Opfer da. Auch oppositionelle Arbeit ist unter solchen Umständen unmöglich. der

amerikanische Kongress verbinde jedoch mit dem Embargo den Wunsch, dass die 75 im Ausland arbeitenden Oppositionsgruppen einen Bürgerkrieg anzetteln. Der Menschenrechtler hält davon wenig und sieht darin eher eine Schwächung der politischen Arbeit.

In einem Info-Blatt eines Verbandes irakischer und kurdischer Frauen hieß es zudem, dass konkrete Beweise darüber vorliegen, dass über 400 Kurdinnen und Kurden die Anfal - Offensive Husseins in den Jahren 1987 und 1988 über-



lebten und nun in Al Reyhad, einem Lager im Süden des Landes, ausharren. Die Zahl der in dieser Zeit Verschwundenen wird von den Behörden auf 120 000 Menschen geschätzt; andere Schätzungen gehen sogar von 180 000 ermordeten Deportierten aus.

politik feilbietet. Man findet den Archivraum im Studierendenhaus beim AStA.

Die Idee zum Archiv entstand „eher zufällig“, erläutert Archivaufbauer und RUB-Sowi-Student Martin Krämer. Denn durch die Büchertischarbeit sammelten sich mit der Zeit immer mehr Zeitschriften an. „Im Grunde besteht das Bochumer Archiv der sozialen Bewegungen schon seit 1991“, so Krämer weiter. „Es konnte jedoch mangels Raum nicht vorher zugänglich gemacht werden. Das hat nun aber - vor dem Hintergrund unserer Zusammenarbeit mit der Linken Liste - ein Ende.“ Von da an machten sich drei notstand-Mitarbeiter sogleich an die Arbeit, arbeiteten den Papierberg datentechnisch auf und etikettierten akribisch Box um Box.

In dem kleinen Raum stapeln sich in hohen Regalen unzählige Ordner und Zeitschriftenboxen. Die Breite der Themen reicht von Wissenschaftskritik über Hochschulpolitik bis hin zu Entwicklungspolitik, Antirassismus und Antifaschismus.

Zeitschriften wie der „Schwarze Faden“, „Blätter des IZ3W“ oder „Kurdistan-archiv“ sind per Computer katalogisiert und gelistet. Länderinfos gibt es quer zu Palästina, Türkei, Kurdistan oder Lateinamerika. Die Archivare sind über alles dankbar, was sie zu diesen Themen geschenkt bekommen.

Die AStA-Referent/innen haben bislang schon rege bei ihrer politischen Arbeit aufs neue Archiv zurückgegriffen. Es ist viernmal wöchentlich geöffnet, ein Verleih jedoch nicht möglich. Kopierer gibt es aber vor Ort.

## Neu im AStA: notstand-Archiv

**Bochum;** Seit August gibt es an der Bochumer Ruhr-Universität ein neues Archiv mit einem Bestand von über 20 000 Zeitschriften und Broschüren zu Themen der sozialen Bewegungen, der bis Mitte der achtziger Jahre zurückreicht. Aufgebaut wurde es durch die intensive Sammeltätigkeit von sechs Mitarbeiter/innen des Büchertisches „notstand“, der seit 1988 regelmäßig im Mensafoyer und neuerdings im Infopoint des Akafö Anarchistisches und anderes Kritisches zur Welt-, Gesellschafts- und Frauen-



**Info: Öffnungszeiten: montags 14.30 - 18.00 Uhr, dienstags 18 - 20 Uhr, mittwochs und donnerstags 15 - 17 Uhr, Raum 023 im Studierendenhaus, Telefon: 0234 - 700 30 50, fax: 0234 - 701**

## BUCHLADEN

TARANTA BABU



• LITERATUR AUS ALLER WELT • SOZIALPÄDAGOGIK  
• SOZIALWISSENSCHAFTEN • KOMMUNIKATIONS- UND  
• SPRACHWISSENSCHAFTEN • MEDIEN • PSYCHOLOGIE •  
• ÖKONOMIE • POLITIK • GESCHICHTE • FRAUEN • MÜTTER • KINDER • VÄTER •  
• MÄNNER • GROSSES ANGEBOT AN ZEITSCHRIFTEN UND PERIODIKA  
Öffnungszeiten: Buchladen 10.00 - 18.30 So, 10.00 - 14.00  
Literaturkaffeehaus: 10.00 - 24.00 (Dienstags Ruhetag)  
44157 Dortmund, Humboldtstr. 44, Tel. 0231-14 16 89

Wir bestellen jedes lieferbare Buch



# **Bert-Brecht-Zentrum**

Herner Straße 43, Recklinghausen

**Freitag, 18 Dezember**

**20.°° Uhr**

## **Zur Konzeption „Nationaler befreiter Zonen“**

**Vortrag mit Film und  
Diskussion**

**Es kommen Antifaschisten aus Berlin  
und berichten über ihre Arbeit**

**Eine Veranstaltung des Antifaschistischen Bundes  
(AFB)**